

Max-Planck-Institut für Bildungsforschung

Max Planck Institute for Human Development and Education

Jürgen Baumert

Differenzierung des Sekundar-
schulangebots oder neue
Dreigliedrigkeit?

Nr. 9/SuU

Mai 1985

E 85/1712+2

dem Forschungsbereich Schule und Unterricht
from the Center for School Systems and Instruction



10053673

Jürgen Baumert

* Differenzierung des Sekundar-
schulangebots oder neue
Dreigliedrigkeit?

Nr. 9/SuU

Mai 1985

Erscheint in: Tillmann, K.-J. (Hrsg.): Sekundarschulen unter Konkurrenzdruck; Teile dieses Manuskripts sind bereits erschienen in: ZSE Zeitschrift für Sozialisationsforschung und Erziehungssoziologie, 5. Jg. (1985), H. 1, S. 109-128.

Herausgegeben vom
Forschungsbereich Schule und Unterricht
Center for School Systems and Instruction

Max-Planck-Institut für Bildungsforschung
Max Planck Institute for Human Development and Education
Lentzeallee 94, D-1000 Berlin 33.



E 85 / 17 12 + 2

Die „Beiträge“ aus den Forschungsbereichen sollen Arbeitspapiere und Forschungsergebnisse aus den einzelnen Arbeitsgruppen unabhängig von einer Veröffentlichung in Büchern oder Zeitschriften schnell zugänglich machen. Die Herausgabe erfolgt in der Verantwortung des jeweiligen Forschungsbereichs.

Papers in the „Contributions“ series are issued by the research centers at the Max Planck Institute for Human Development and Education to facilitate access to manuscripts regardless of their ulterior publication.

Exemplare können angefordert werden bei
Copies may be ordered from

Max-Planck-Institut für Bildungsforschung
Lentzeallee 94, D-1000 Berlin 33

Jürgen Baumert

Differenzierung des Sekundarschulangebots oder neue Dreigliedrigkeit?

Zur regionalen Konzentration von Gesamtschulen

Diversified Secondary School System or a New Type of Tripartite Streaming?

Zusammenfassung

Am Beispiel der Berliner Gesamtschulentwicklung werden kontraintuitive Folgen einer regionalen Konzentration dieser Schulform unter den Bedingungen zurückgehender Schülerzahlen diskutiert. Es werden konkurrierende Hypothesen zur künftigen Schulentwicklung - neue Dreigliedrigkeit oder Diversifizierung des Sekundarschulangebots - gegeneinander abgewogen. Empirische Grundlage ist zunächst eine Befragung von Grundschulleitern zur Schullaufbahnberatung, Indikation der Gesamtschule und Beurteilung der weiterführenden Schulen. In einem zweiten Schritt wird mittels eines Experten-Ratings der Berliner Gesamtschulen versucht, den Zusammenhang zwischen strukturellen Rahmenbedingungen, innerschulischen Gestaltungsmerkmalen und Rekrutierungserfolg einer Gesamtschule in einem Pfadmodell quantitativ abzuschätzen.

Summary

Using the development of comprehensive schools in Berlin(West) as an example, we discuss unexpected consequences of a regional concentration of this type of school under the condition of a declining school-age population. We present competing hypotheses about the future development of the school system - a new type of tripartite streaming or a diversified secondary school system. The empirical base consists of, firstly, interviews with heads of primary schools regarding student counseling in their schools, the suitability of a comprehensive school for certain types of students and an overall assessment of secondary schools available in the neighbourhood. In a second step expert-ratings of the Berlin comprehensive schools are used in a path-model to estimate the relationships between structural context variables, internal school characteristics and the recruiting performance of individual comprehensive schools.

Differenzierung des Sekundarschulangebots oder
neue Dreigliedrigkeit? ^{†)}

Zur regionalen Konzentration von Gesamtschulen

1. Die Berliner Gesamtschule - Regelschule und "Feld-
experiment"

Die integrierte Gesamtschule ist in Berlin rechtlich und faktisch eine Regelschule, die das übliche Sekundarschulangebot ergänzt. Anfang der achtziger Jahre erreicht diese Schulform etwa 25 Prozent eines Schülerjahrgangs. Damit weist Berlin den höchsten relativen Gesamtschulbesuch aller Bundesländer auf. Erst mit einigem Abstand folgen Hessen und Hamburg (vgl. Tabelle 1).

Tabelle 1

Der hessische Flächenversuch mit der integrierten Gesamtschule im ehemaligen Landkreis Wetzlar gilt als Testfall für die Verwirklichung des die Gesamtschulreform ursprünglich tragenden Gedankens, eine Alternative für das gegliederte Schulwesen entwickeln zu wollen. Noch in allen empirischen Systemvergleichen wird die Wetzlarer Schule als Prototyp einer "normalisierten" Gesamtschule betrachtet (z.B. Fend, 1982). Zur Zeit freilich ist die integrierte Gesamtschule in keinem Land der Bundesrepublik als Ersatz des gegliederten Systems denkbar. In einzelnen Bundesländern ergänzt sie jedoch als

+))

Der vorliegende Beitrag entstand im Rahmen der Tätigkeit für den vom Senator für Schulwesen, Jugend und Sport berufenen "Beirat für die wissenschaftliche Beratung der Berliner Gesamtschule". Allen Beiratsmitgliedern und insbesondere den befaßten Oberschulräten danke ich für Anregungen, hilfreiche Kritik und vielfältige Unterstützung. An den durchgeführten Schulbegehungen und Grundschulerhebungen waren Helmut Fischler, Harald Gutschow, Peter Hübner, Jürgen Raschert und Ulrich Wildenhof beteiligt. Ohne ihre Hilfsbereitschaft wäre der Beitrag nicht geschrieben worden. Ihnen danke ich herzlich; für alle Mängel und Fehler, die im Umgang mit den Daten entstanden sind, zeichne ich freilich allein verantwortlich.

gesetzlich verankerte Angebotsschule die traditionellen Sekundarschulen. Infolge einer nachfrageorientierten Gesamtschulpolitik dieser Bundesländer, die vor allem den Kommunen die Initiative zuspielt, wird es vermutlich - wie in Hamburg, Hessen und Nordrhein-Westfalen zu erkennen ist - zu lokalen und regionalen Verdichtungen des Gesamtschulangebots kommen (Faulstich-Wieland u.a., 1982; Hansen und Rolff, 1980; Horstkemper, 1982; Rösner und Tillmann, 1980). Die Entwicklung der Gesamtschule im Stadtstaat Berlin läßt sich nun gleichsam als Feldexperiment mit einer regionalen Konzentration dieser Schulform verstehen: Es ist das "Experiment" mit dem neuen Normalfall der Gesamtschule als einer quantitativ bedeutsamen Regelschule, die das traditionelle Schulangebot erweitert und zugleich mit ihm konkurriert. Dies legt den Versuch nahe, am Berliner Beispiel die Auswirkungen, insbesondere die ungeplanten Nebenwirkungen einer regionalen beziehungsweise lokalen Konzentration von Gesamtschulen unter den Bedingungen zunehmenden Wettbewerbs zu untersuchen.

Die Berliner Schulpolitik hat im Vergleich zu anderen Bundesländern bereits zu einem frühen Zeitpunkt versucht, der Gesamtschule durch entsprechende Rechts- und Verwaltungsvorschriften eine einheitliche Grundstruktur zu geben, so daß man in gewissem Sinne durchaus von der Berliner Gesamtschule sprechen kann. Gleichwohl hat sich diese Schulform in der Bewährungsprobe der vergangenen zehn Jahre sowohl insgesamt gewandelt als auch intern differenziert. Diese Veränderungen sind zugleich Teil eines allmählichen Strukturwandels der Sekundarstufe I. Im folgenden soll versucht werden, diesen Strukturwandel anhand quantitativer und qualitativer Daten zu beschreiben und mit der Zielsetzung zu analysieren, Perspektiven für die weitere Entwicklung der Gesamtschule und der Sekundarstufe I unter den Bedingungen zurückgehender Schülerzahlen zu gewinnen. Empirische Grundlagen sind die amtlichen Statistiken des Senators für Schulwesen, eine Serie halbstandardisierter Interviews mit Grundschulleitern eines Berliner Verwaltungs-

bezirks, eine Umfrage zum Abgabeverhalten von Grundschulen, Schul- und Unterrichtsbesuche an mehreren Gesamtschulen sowie ein mehrdimensionales Experten-Rating der Berliner Gesamtschulen. Ergänzt wurde diese Datengrundlage durch informelle Gespräche mit Schulaufsichtsbeamten und Schulleitern sowie durch Informationen über einzelne Schulen, die während Praktika der Lehrerausbildung gesammelt wurden.

In Abschnitt 2 wird zunächst die Rolle der Gesamtschule unter sich verändernden Strukturbedingungen in der Sekundarstufe I analysiert. Daran schließt sich in Abschnitt 3 eine auf Schulleiterbefragungen beruhende Untersuchung der Verteilungsfunktion von Grundschulen an. In Abschnitt 4 folgt der Versuch, die Bedeutung struktureller Rahmenbedingungen einerseits und schulischer Gestaltungsmaßnahmen andererseits für die Schülerrekrutierung empirisch abzuschätzen, um Anhaltspunkte für die Beurteilung konkurrierender Hypothesen zur weiteren Entwicklung der Sekundarstufe I unter den Bedingungen einer regionalen Konzentration der Gesamtschule zu gewinnen (Abschnitt 5).

2. Die Gesamtschule im Wettbewerb

2.1 Kapazitätserweiterung, Strukturreform und Neudefinition einer sozial akzeptierten Grundbildung

Wie in den anderen Ländern der Bundesrepublik Deutschland bestimmten auch in Berlin in den vergangenen 15 Jahren insbesondere zwei Komponenten die Entwicklung des Sekundarschulwesens. Dies waren einmal die in Abbildung 1 skizzierten demographischen Schwankungen mit ihren von Schulstufe zu Schulstufe versetzten Belastungs- und Entlastungseffekten und zum anderen eine sich allmählich abzeichnende gesellschaftliche Neudefinition dessen, was man als sozial akzeptierte Grundbildung bezeichnen kann auf einem Niveau oberhalb

des einfachen Hauptschulabschlusses. Im Unterschied zu den meisten Bundesländern trat in Berlin jedoch als politische Maßnahme die breite Einführung der integrierten Gesamtschule hinzu, die den Aufbau der Sekundarstufe I durchgreifend veränderte.

Abbildung 1

In den Jahren 1969 bis 1978 nahm in Berlin die Zahl der Jugendlichen im Alter von 12 bis 16 Jahren, die für den Besuch der Sekundarstufe I in Frage kommen, um etwa 50 Prozent zu. Das Land Berlin reagierte darauf mit einem Neubauprogramm, das die Errichtung von 15 sogenannten Bildungszentren in Serienbauweise vorsah und die demographisch bedingte Kapazitätserweiterung mit einer Reform des Schulsystems verbinden sollte. Die Bildungszentren waren jeweils für 1.200 Schüler ausgelegt und konnten zusätzlich Einrichtungen der Erwachsenenbildung (Abendschulen, Stadtbibliotheken) und der Jugendpflege (Jugendfreizeitheime) aufnehmen. Dieses Schulbauprogramm stellte eines der größten Hochbauvorhaben Berlins seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs dar. Die Baumaßnahmen, die durch Erweiterung bestehender Schulbauten und einzelne gesonderte Neubauten ergänzt wurden, führten insbesondere in Stadtbezirken, die eine Bevölkerungszuwanderung zu verzeichnen hatten, zu einer schnellen Modernisierung des Schulbestandes. Wie viele moderne Zweckbauten haben auch diese Schulen ihre eigene Häßlichkeit; dennoch setzten sie in Hinblick auf die Ausstattung einer Schule neue Maßstäbe. Die Besonderheit der Berliner Schulpolitik freilich lag in einer konsequenten Verknüpfung von Kapazitätserweiterung und Strukturreform. Die Neubauten wurden als integrierte Gesamtschulen und überwiegend als Ganztagschulen eingerichtet. Innerhalb weniger Jahre entwickelte sich die Gesamtschule vom Experiment zu einer mit dem gegliederten Schulwesen konkurrierenden Regelschule. Zugleich erhielt Berlin zum ersten Mal ein quantitativ bedeutsames Angebot an Ganztagschulen

- eine in der Bundesrepublik Deutschland immer noch ungewohnte Schulform (vgl. Kledzik, 1974; Baumert, Raschert u.a., 1978).

Die schnelle Expansion der Gesamtschule beschleunigte den zuvor schon erkennbaren Trend zum verlängerten Schulbesuch. Die längerfristige Entwicklung läßt sich anhand der Quoten der Übergänge zu den Sekundarschulen verdeutlichen. Abbildung 2 zeigt, in welchem Umfang die Hauptschule mit der faktischen Durchsetzung der Gesamtschule als Regelschule an Bedeutung verlor. Zugleich scheint die Gesamtschule aber auch die in anderen Bundesländern überproportionale Expansion der Realschule verhindert und den Anstieg des Gymnasialbesuchs vorübergehend gebremst zu haben. Eine mindestens mittlere Schullaufbahn hat sich als Grundnorm für die Mehrheit der Schüler in Berlin praktisch durchgesetzt (vgl. Köhler, 1983; Baumert und Raschert, 1983, S. 253; Senator für Schulwesen, 1984).

Abbildung 2

Mit den quantitativen Verschiebungen zwischen den Schulformen wandelte sich auch die Zusammensetzung der Schülerschaft aller Sekundarschulen in einem nicht vorhergesehenen Ausmaß. Die Hauptschule verlor leistungsfähigere Schüler an alle drei konkurrierenden Schulformen. Aber auch aus dem Kreis jener Schüler, die zuvor die Realschule besucht hätten, wanderten ungefähr 15 Prozent zum Gymnasium, dessen Schülerschaft wiederum an Heterogenität zunahm. Weitere Schüler zog die Gesamtschule ab. Das Rekrutierungsfeld der Realschule dehnte sich dafür in die Gruppe der früheren Hauptschulanwärter aus. Ursachen dieses Wandlungsprozesses sind neben dem verbreiteten Angebot von Gesamtschulen ein verändertes Empfehlungsverhalten von Grundschullehrern, steigende Bildungsaspirationen und zunehmendes Selbstbewußtsein von Eltern sowie die zurückgehende Eingangsselektivität des Gymnasiums.

Tabelle 2

Tabelle 2 zeigt, daß sich zwischen 1971/72 und 1983/84 das Überweisungsverhalten der Grundschullehrer zunächst veränderte, dann aber wieder in neuer Struktur festigte. Die Veränderung des Empfehlungsverhaltens ist unter anderem wohl auf den sich vollziehenden Generationswechsel im Lehrkörper der Grundschulen zurückzuführen (vgl. Köhler, 1975; Baumert, 1980, S. 615). Die neue Stabilität des Empfehlungsmusters dagegen dürfte in erster Linie mit dem Zustrom ausländischer Schulkinder zusammenhängen. Leider lassen sich deutsche und ausländische Schüler nach Oberschulempfehlung statistisch nicht trennen, so daß man hinsichtlich differentieller Prozesse auf Vermutungen angewiesen ist. Eine Analyse der Verteilung der deutschen Siebtkläßler spricht jedoch dafür, daß die Zuwanderung den für die deutsche Schülerschaft fortlaufenden Veränderungsprozeß maskiert. Wahrscheinlich übe der Zustrom ausländischer Schüler infolge der klasseninternen Beurteilungsmaßstäbe von Lehrern einen Schiebeeffect auf die deutschen Alterskameraden aus: Sie wurden in einem veränderten Referenzrahmen beurteilt, erhielten in größerem Umfang höherwertige Empfehlungen und nutzten diese auch aus (vgl. für Baden-Württemberg Baker u.a., 1984; zur Wirksamkeit dieses Mechanismus in der Hauptschule vgl. Baumert und Köhler, 1984).

Neben den nicht beabsichtigten Wirkungen des Auslesesystems sind vor allem veränderte elterliche Bildungserwartungen und eine verminderte Effizienz der Zugangsbarrieren zu den weiterführenden Schulen für den Strukturwandel verantwortlich (vgl. Naumann, 1980; Lutz, 1983). Die Umfragen der Dortmunder Arbeitsstelle für Schulentwicklungsforschung belegen einen anhaltenden Anstieg der elterlichen Abschlußwünsche auch noch für die jüngste Zeit (Rolff u.a., 1982). Zugleich gewinnen offenbar in immer breiteren Bevölkerungskreisen die Bildungspläne, die Eltern für ihre Kinder entwerfen, so große Festigkeit, daß ihnen gegenüber auch offizielle Empfehlungen der Grundschule an Bedeutung verlie-

ren, wie die Entwicklung der empfehlungswidrigen Übergänge zum Gymnasium zeigt (vgl. Tabelle 3). Soziale Definitionsleistungen wie die einer wünschenswerten Schulbildung scheinen gegenüber staatlichen Steuerungsmaßnahmen einigermaßen resistent zu sein, wenn selbst Kompromisse, wie sie die Gesamtschule anbietet, nur begrenzt angenommen werden. Das selbstbewußte Übergangsverhalten ist freilich angesichts der wachsenden Haltebereitschaft der Gymnasien durchaus realistisch (vgl. Fend und Klaghofer, 1980). Die Rückläuferzahlen aus dem Gymnasium liegen trotz steigendem relativen Schulbesuch konstant unter 10 Prozent. Bei zunehmend empfehlungsunabhängigem Verhalten führt dies zu einem sich vergrößernden Anteil erfolgreicher Übergänger ohne entsprechende Grundschulempfehlung. Ihr Anteil an den Gymnasiasten des 7. Jahrgangs nach Abschluß des Probehalbjahres stieg von rund 11 auf 19 Prozent (vgl. Tabelle 3).

Tabelle 3

2.2 Demographischer Abschwung und Wettbewerb der Sekundarschulen

Seit dem Schuljahr 1980/81 scheint die Verschiebung des relativen Schulbesuchs jedoch langsam zum Stillstand zu kommen. Bei allmählich kleiner werdenden Übergangsjahrgängen - etwa 1980 begann in der Sekundarstufe I der demographische Abschwung - pendelten sich die Quoten der einzelnen Oberschulzweige auf ihrem Niveau ein. Um die weitere Entwicklung der Sekundarstufe I beurteilen zu können, ist es wichtig, zu wissen, ob sich in der Stabilisierung des Übergangsverhaltens eine gewisse Sättigung der elterlichen Bildungsaspirationen abzeichnet oder Kapazitätsgrenzen von Realschule und Gymnasium, die sich allmählich auf das Ende der demographischen Expansion einstellen, bremsend wirken. Im ersten Fall könnte

jede der vier weiterführenden Schulformen einen bestimmten Anteil des jeweiligen Übergangsjahrgangs als eigene Klientel betrachten - die Wirkungen des Schülerrückgangs wären berechenbar. Im Falle von Kapazitätseffekten dagegen könnte der demographische Abschwung den verzögerten Wandlungsprozeß erneut in Bewegung setzen.

Die bereits erwähnten Umfrageergebnisse der Dortmunder Arbeitsstelle für Schulentwicklungsforschung weisen freilich darauf hin, daß auch in Berlin die elterlichen Abschlußwünsche zumindest den realisierten gymnasialen Abschlüssen noch immer beträchtlich vorseilen. Sodann sprechen einige Anzeichen dafür, daß die Überlastung der Gymnasien und Realschulen zur vorübergehenden Stabilisierung des Übergangsverhaltens beigetragen hat. Realschulen und Gymnasien konnten die seit 1980/81 zurückgehenden Schülerzahlen zunächst als Entlastung wahrnehmen. Für etliche Schulen gilt das wohl auch noch heute: Man kann daran denken, auf den Filialbetrieb - 11 Gymnasien und 9 Realschulen führen Anfang 1984 noch Zweigstellen - zu verzichten oder die durchschnittlich bei etwa 30 Schülern liegenden Klassenfrequenzen zu senken. Um dieser Entlastung willen nehmen die Gymnasien offenbar auch zeitweilig leicht steigende Rückläuferquoten in Kauf (vgl. Tabelle 3). Dennoch ist das Problem eines sich abzeichnenden Kapazitätsüberhangs mittlerweile wohl allen Schulen bewußt, wenngleich bisher nur wenige Gymnasien und noch keine Realschulen gezwungen waren, ihren Betrieb auf Zweizügigkeit umzustellen. Die in Tabelle 4 ausgewiesenen Kapazitätsschätzungen für das Schuljahr 1986/87 verdeutlichen das Problem. Die konservativen Schätzungen beruhen auf drei unterschiedlich weitgehenden Annahmen: Im ersten Fall wird die Aufgabe aller Filialbetriebe unterstellt, im zweiten die Aufgabe der Filialbetriebe und eine Senkung der mittleren Klassenfrequenzen auf 25, und im dritten wird zusätzlich davon ausgegangen, daß pro Schulzweig jeweils drei Schulen ihren Betrieb einstellen.

Die Schätzungen zeigen, daß mit einem mehr oder minder starken Kapazitätsüberhang der weiterführenden Schulen zu rechnen ist. Wenngleich der Kapazitätsüberschuß geringer ausfallen kann, als man üblicherweise befürchtet, ist damit zu rechnen, daß der Wettbewerb der Sekundarschulen um Schülernachwuchs zunimmt. Im Zusammenspiel von elterlichen Abschlußwünschen und einer von Realschule und Gymnasium ausgehenden Sogwirkung könnte die Verteilung der Schüler auf die Oberschulzweige in den nächsten Jahren abermals in Bewegung geraten. Eine solche Entwicklung aber muß die Gesamtschule in besonderem Maße herausfordern - nicht nur aus Gründen der Bestandssicherung, sondern vor allem um eine ausgeglichene zusammengesetzte Schülerschaft zu erhalten.

2.3 Einhalt und Vielfalt der Berliner Gesamtschule

In den ersten Jahren des demographischen Abschwungs hat sich die Gesamtschule im Wettbewerb der Oberschulzweige gut behauptet. Zwar ist auch in dieser Schulform die Besetzung der 7. Jahrgangsstufe zurückgegangen, doch konnten die Gesamtschulen einen konstanten Anteil am jeweiligen Übergangsjahrgang gewinnen. Die stabilen Übergangsquoten verdeckten allerdings einen allmählichen Wandel der Schülerschaft. Gemessen an der Verteilung der Grundschulempfehlungen verschlechtert sich die leistungsmäßige Zusammensetzung der Schülerschaft an Gesamtschulen seit mehreren Jahren. Die leistungstärkeren Schüler überspringen leichter, als es bisher üblich war, die Hürde zur Realschule oder zum Gymnasium. Abbildung 3 zeigt, daß die Gesamtschulen zunächst Einbußen an gymnasialempfohlenen, dann aber auch an realschulempfohlenen Schülern erlitten haben.

Abbildung 3

Diese für Berlin aggregierten Daten verdecken freilich die große Variation zwischen den Einzelschulen. Ein Blick auf die einzelnen Gesamtschulen zeigt, daß sie mit sehr unterschiedlichem Erfolg die Aufgaben der Bestandssicherung und der Ausbalancierung ihrer Schülerschaft meistern. Während einige Schulen noch immer Bewerber abweisen können, haben andere Mühe, auch schon bei reduzierter Zügigkeit eine ausreichende Zahl von Schülern zu gewinnen. Ebenso unterscheidet sich die Schülerzusammensetzung erheblich. Um die Unterschiede anschaulich zu machen, gruppiert Tabelle 5 die Gesamtschulen nach ihrem Anteil an hauptschulempfohlenen Schülern in der 7. Jahrgangsstufe. Der Anteil dieser Schüler schwankt je nach Schule zwischen rund 30 und 90 Prozent. Die Berliner Gesamtschule hat, so einheitlich ihre Grundstruktur auch sein mag, zweifellos viele Gesichter.

Tabelle 5

2.4 Die Rolle der Gesamtschule im innerstädtischen Disparitätsgefüge

Trotz des generellen Trends zur mindestens mittleren Schullaufbahn unterscheidet sich das elterliche Schulwahlverhalten beim Übergang in die Sekundarstufe I zwischen Stadtbezirken mit unterschiedlicher Sozialstruktur noch immer beträchtlich. Die Übergangentscheidung bestimmt zwar nicht mehr in dem Maße den späteren Lebensweg, wie dies noch vor 15 Jahren der Fall war. Das Sekundarschulwesen ist offener geworden; es gibt die integrierte Gesamtschule, der Wechsel der Schulformen ist durch eine harmonisierte Stundentafel und durch curriculare Abstimmungen erleichtert worden, einen Realschulabschluß kann man auch an der Hauptschule erwerben, und dem Realschulabsolventen bieten sich die Fachoberschule oder das Aufbaugymnasium als Bildungsgang zur (Fach-)Hochschulreife an. Dennoch schließt der Besuch einer der traditionellen

Sekundarschulformen im allgemeinen mit dem jeweils entsprechenden Zertifikat ab, an das unterschiedliche Berechtigungen gebunden sind.

Tabelle 6

In Tabelle 6 ist die Verteilung der deutschen Schüler der 7. Jahrgangsstufe auf die vier Sekundarschulformen in den innerstädtischen Arbeiterbezirken, den überwiegend bürgerlichen und den sozial stärker gemischten Bezirken für zwei Zeitpunkte gegenübergestellt. Die unterschiedlichen Verteilungsmuster zeigen die jeweils spezifische Bedeutung von Gymnasium und Gesamtschule. Während in den bürgerlichen Bezirken der schulische Aufstieg primär über das Gymnasium vollzogen wird (und die Gesamtschule eher Anteile verliert), tritt in den Arbeiterbezirken und in den Bezirken mit stärker gemischter sozialer Struktur die Gesamtschule gewichtig hinzu.

Ein genaueres Bild der innerstädtischen Disparitäten der Bildungsbeteiligung vermittelt Tabelle 6a, in der die Verteilung der Schüler auf die Sekundarschulen nach Stadtregion und sozialer Schicht differenziert zu entnehmen ist. Der Übersichtlichkeit wegen werden nur die Verteilungen für Kinder von Angestellten und Beamten einerseits und aus Arbeiterhaushalten andererseits gegenübergestellt. Neben den bekannten sozialen Ungleichheiten weist die Tabelle einen deutlichen Regionaleffekt im Gymnasialbesuch für beide Statusgruppen aus. In bürgerlichen Bezirken scheint ein bildungsfreundliches Klima die Hürde zum Gymnasium generell zu erniedrigen. Im Hinblick auf den relativen Gesamtschulbesuch dagegen liegt offenbar eine Interaktion zwischen Sozialschicht und städtischer Region vor: Angestellte und Beamtenfamilien in bürgerlichen Bezirken verhalten sich der Gesamtschule gegenüber deutlich reservierter.

Tabelle 6a

Die Gesamtschule beseitigt offenbar eine Reihe von Barrieren, die bislang noch in den sozial schwächeren Stadtbezirken den Gymnasialbesuch reduzierten. Der Verzicht auf das in Realschule und Gymnasium übliche Probehalbjahr und die Offenheit der Schullaufbahn erleichtern den Zugang unmittelbar. Für Eltern, die beide berufstätig sind, ist überdies die Ganztagsbetreuung dieser Schulen ein wichtiges Wahlkriterium. Schließlich zieht das pädagogische Programm der Gesamtschule eine eher gymnasialferne Klientel an, wenn es die Aufgaben kompensatorischer Förderung herausstellt und neben den akademischen Fächern soziales Lernen und eine engere Verbindung von Schule und Berufswelt betont. Zugleich scheinen aber auch diese neuen Akzentsetzungen im Bildungsprogramm - jedenfalls wenn sie die Bedeutung fachlichen Lernens zurückdrängen - nicht in der Breite honoriert zu werden, und gerade Eltern leistungsstärkerer Schüler zu veranlassen, an der Gesamtschule vorbeizugehen. Die Verluste an)

leistungsstärkeren Schülern sind in den Arbeiter- und sozial gemischten Bezirken ausgeprägter als in den bürgerlichen, wengleich die Schülerzusammensetzung dort immer noch günstiger bleibt. Spürt man den Wanderungsbewegungen auf der Ebene von Einzelschulen nach, so stellt sich der Verdacht ein, daß Veränderungen in der Zusammensetzung der Schülerschaft vor allen Dingen vom Ruf und von der Anerkennung abhängig sind, die sich eine Schule in ihrem Einzugsbereich erworben hat. Wie weiter unten gezeigt wird, scheint nicht zuletzt eine vornehmlich instrumentelle Orientierung am fachlichen Leistungsanspruch die Wahl einer einzelnen Schule zu bestimmen.

Das Zusammentreffen von demographisch bedingter Wettbewerbszunahme und bisherigen Rekrutierungsverlusten könnte die Gesamtschule in eine neue Schlüsselrolle im innerstädtischen Disparitätsgefüge drängen: Es könnten ihr wichtige Ausgleichsfunktionen bei der Beschulung ethnischer Minoritäten zufallen. Die Zuwanderungswelle der ausländischen Schüler in den siebziger Jahren konfrontierte die Berliner Schule zum ersten Mal in ihrer Nachkriegsgeschichte mit dem Problem größerer ethnischer Minderheiten. Mittlerweile betreuen die Berliner Schulen etwa 40.000 ausländische Schüler; das sind ungefähr 20 Prozent der Schüler insgesamt. Die stärkste Gruppe bilden die türkischen Kinder (rund 30.000); mit größerem Abstand folgen die Jugoslawen (rund 5.500) und die Griechen (rund 1.000). Angesichts des Umfangs und der langfristigen Folgewirkungen der Zuwanderung ist es bemerkenswert, unter welchen vergleichsweise geringen gesellschaftspolitischen Auseinandersetzungen die Einwanderung der Ausländer, die zunächst als vorübergehender Aufenthalt von Wanderarbeitern behandelt wurde, (bislang) vonstatten ging und wie flexibel die Schulen sich letztlich auf die veränderte Situation eingestellt haben. Die zunehmende schulische Eingliederung der Migrantenkinder ist um so erstaunlicher, als die Strukturveränderung der Schülerschaft durch mehrere Umstände in besonderem Maße belastend wirken mußte.

Überraschend waren vor allem Tempo und Stetigkeit der Zuwanderung. Von 1970 bis Anfang der achtziger Jahre wuchs der Ausländeranteil an den Berliner Grundschulen von 3 auf 26 Prozent und an den Hauptschulen von 3 auf 35 Prozent. Die Zuwanderung von Schülern aller Altersgruppen, die sich über das gesamte Schuljahr erstreckte, ließ Versuche zur Integration der Ausländerkinder oft von vornherein zum Scheitern verurteilt erscheinen. Durch die Verbindung zeitweiliger Segregation der ausländischen Schüler in Vorbereitungsklassen und deren Aufnahme in Regelklassen bei hinreichenden Sprachkenntnissen schufen sich die Schulen zunächst etwas Luft. Dauerhafte Erleichterung trat aber wohl erst mit der politisch höchst umstrittenen rigorosen Zuwanderungsbegrenzung und dem Heranwachsen jener ausländischen Kinder heran, die ihre Vorschulzeit bereits in Berlin verbrachten. Allmählich werden Konturen einer stabileren Situation erkennbar. Die Mißerfolgsquoten der Ausländer sinken. Zur Zeit liegt der Anteil der ausländischen Hauptschüler, die ihre Schule ohne Abschluß verlassen, bei etwa 40 Prozent oder auf den Jahrgang bezogen unter 20 Prozent - auf einem Niveau also, das man vor 1970 bei deutschen Schülern kannte. Sodann gleicht sich offensichtlich das Bildungsverhalten der ausländischen Schüler schneller, als man erwarten konnte, dem der deutschen Altersgefährten an (vgl. Tabelle 7).

Tabelle 7

Dieser Angleichungsprozeß scheint nicht zuletzt durch ein verändertes Aufnahmeverhalten der Gesamtschulen getragen zu werden. Um die leistungsmäßige Zusammensetzung ihrer Schülerschaft in eine neue Balance zu bringen, nehmen einige Gesamtschulen seit kurzem bevorzugt leistungsstarke Kinder der türkischen Minderheit auf. Noch im Schuljahr 1975/76 war der Anteil ausländischer Schüler an Gesamtschulen verschwindend gering. In der Gründungsperiode wollten sich Gesamtschullehrer,

belastet mit allen Anfangsschwierigkeiten neuer Schulen, nicht zusätzlich unvertrauten Problemen mit ausländischen Schülern aussetzen. In der Zwischenzeit ist der Ausländeranteil an Gesamtschulen auf 22 Prozent gestiegen. Und die vorläufigen Anmeldezahlen für das Schuljahr 1984/85 signalisieren einen weiteren Anstieg. Diejenigen Gesamtschulen, die sich dieser Schülergruppe entschieden geöffnet haben, erreichen Ausländeranteile bis zu 50 Prozent. Da jedoch unter den ausländischen Bewerbern nach Leistung ausgewählt wird, stellen sich - soweit man dies aufgrund von Berichten und einzelnen Schulbesuchen beurteilen kann - die Veränderungen trotz aller Folgeprobleme insgesamt wohl als Konsolidierung dar. Die in die Gesamtschule aufgenommenen Schüler gehören vornehmlich einer Generation an, die schon im Vorschulalter in die Bundesrepublik kam und bereits die deutsche Grundschule durchlaufen hatte. Sie sind nach Schulaufsichts- und Schulleiterberichten in der Regel gut integriert und ausgesprochen schulmotiviert. An einzelnen Schulen kann ihr überwiegend angepaßtes Verhalten offenbar auch zuvor aufgetretene Devianzphänomene deutscher Schüler in den Hintergrund treten lassen. Auf Leistungsschwächen der ausländischen Schüler im Sprachunterricht stellen sich die Gesamtschulen mit dem Angebot von Sprachlehrgängen und Förderkursen ein. (Zu langfristigen Handicaps von ausländischen Schülern vgl. Hopf, 1984.) Als Modellversuch bieten einzelne Gesamtschulen auch Türkisch als erste Fremdsprache an. Diese Maßnahmen fügen sich in den größeren Rahmen eines Versuchsprogramms zur multi-ethnischen Erziehung ein.

Ein weiteres Problem liegt in der Konzentration der Zuwanderung auf innerstädtische Bezirke. Infolge einer Stadtplanung und Baupolitik, die eine Bevölkerungswanderung in die Randbezirke zur Folge hatte, rückten die ausländischen Zuwanderer in die innerstädtischen Sanierungsgebiete nach. Im Bezirk Kreuzberg beträgt der Anteil ausländischer Schüler in der Grundschule etwa 60 Prozent, während er im bürgerlichen

Bezirk Zehlendorf nur 6 Prozent erreicht. Diese Differenzen werden sich in den nächsten Jahren infolge (noch) unterschiedlicher Fertilität der Bevölkerungsgruppen vergrößern. Das Gefälle zwischen den Bezirken verlangt im Grunde nach politischen Maßnahmen. Allerdings gilt ein überbezirklicher Ausgleich in der Schulverwaltung als heikles Problem. Alles, was auf ein "bussing" hinweisen könnte, wird nach den öffentlichen Reaktionen auf vereinzelte Versuche vermieden. Dennoch gibt es Ansätze eines zwischenbezirklichen Austauschs, die aus dem Wettbewerb der Sekundarschulen unter den Bedingungen sich verringernder Jahrgangsstärken entspringen. Sobald Schulen infolge des demographischen Abschwungs in ihrem Bestand gefährdet scheinen, öffnen sie sich auch für Ausländer, die aus anderen Bezirken kommen. In den strukturell benachteiligten Stadtgebieten weist die Schulverwaltung ausländische Eltern gelegentlich auf diese Schulen hin. Einzelne Gesamtschulen, aber auch Realschulen, die in ihrem eigenen Bezirk Rekrutierungsschwierigkeiten hatten, scheinen für ausländische Schüler rasch attraktiv werden zu können. Insgesamt deutet sich an, daß die Gesamtschule für die ausländischen Schüler jene Rolle eines Katalysators des schulischen Aufstiegs übernehmen könnte, die sie bislang für die deutschen Kinder der Unter- und unteren Mittelschicht spielte.

3. Die Grundschule als Verteilungsinstanz

3.1 Anlage einer Schulleiterbefragung

Trotz Verpflichtung auf ein gemeinsames Grundmodell ist die Heterogenität der Berliner Gesamtschulen allein aufgrund ihrer unterschiedlichen Schülerzusammensetzung offensichtlich. Diese Tatsache wirft eine Reihe von Fragen auf:

- Gibt es überhaupt eine bestimmte Gesamtschulklientel, deren Bedürfnissen diese Schulform in besonderem Maße entgegenkommt?

- Kann man das Rekrutierungsreservoir der Gesamtschule abschätzen, um ihre Wettbewerbschancen bei zurückgehenden Schülerzahlen besser beurteilen zu können?
- Welches sind die Gründe für die Auseinanderentwicklung der Schulen, und besitzen die Schulen die Möglichkeit, ihren Weg selbst mitzubestimmen?

Derartige Fragen sind nicht ohne weiteres zu beantworten. Jene Gesamtschulen, die nicht in gewünschtem Maße Anerkennung gefunden haben, weisen in der Regel auf widrige lokale und administrative Bedingungen, einen ungünstigen Gründungszeitpunkt, ungeeignete Gebäude, Beschränkung auf die mittlere Schulstufe, den Ganztagsbetrieb - kurz auf Faktoren hin, die ihrem Einfluß weitgehend entzogen sind. So berechtigt diese Hinweise auch sein mögen, geben sie dennoch - wie eine Gegenüberstellung einzelner, unter vergleichbaren Bedingungen arbeitender Schulen zeigt - wahrscheinlich keine hinreichende Erklärung für die divergente Entwicklung der integrierten Schulen.

Um die unterschiedliche Attraktivität der einzelnen Gesamtschulen weiter aufzuklären, wurden Interviews mit den Leitern von 17 Grundschulen eines Berliner Verwaltungsbezirks durchgeführt. Grundschulrektoren nehmen neben den Leitern der 6. Grundschulklassen eine Schlüsselstellung bei der Verteilung der Schüler auf die Oberschulzweige ein, da bei ihnen die wichtigsten Informationen über die Schullaufbahnentscheidungen zusammenfließen und sie im Falle der Abweichung von Grundschulempfehlung und elterlicher Schulwahl in der Regel auch persönlich in die Beratung eingeschaltet werden. Die Schulleitergespräche wurden anhand eines halbstandardisierten Leitfadens durchgeführt, der zwei große Themenbereiche - einmal die Schullaufbahnberatung am Ende der Grundschulzeit und zum anderen die Beurteilung des weiterführenden Schulangebots - behandelte. Der erste Komplex enthielt Fragen nach den Wahlmotiven der Eltern, der Indikation der Gesamtschule

aus der Sicht der Grundschule und der Praxis der Schullaufbahnberatung. Zum zweiten Bereich gehörten Fragen zu den Kenntnissen, die Grundschulen über ihre abnehmenden Sekundarschulen besitzen und nach den Quellen ihrer Information sowie eine mehrdimensionale Beurteilung der Gesamtschulen des Bezirks.

Die Befragung wurde in einem Berliner Bezirk durchgeführt, dessen Schulversorgung besonders günstige Voraussetzungen für die beabsichtigte Analyse bietet. Der ausgewählte Bezirk besitzt ein dichtes Gesamtschulangebot und einen entsprechend hohen Gesamtschüleranteil von über 30 Prozent des Jahrgangs. Das Angebot an Realschulen und Gymnasien ist gut und attraktiv. Insbesondere hatte das Gymnasium in der letzten Dekade hohe Zuwachsraten zu verzeichnen. Der relative Hauptschulbesuch liegt mittlerweile einschließlich Ausländern bei etwa 10 Prozent. In diesem Bezirk herrscht also eine ausgesprochene Wettbewerbssituation zwischen den gegliederten und integrierten Schulen, wobei die Hauptschule als Abgeberschule praktisch kaum mehr in Rechnung zu stellen ist. Eine ergänzende Rekrutierung aus mit Gesamtschulen unterversorgten Gebieten ist aufgrund der Verkehrslage des Bezirks ausgesprochen schwierig. Stärker als in anderen Bezirken hat sich die Gesamtschule bereits jetzt - allein schon aus Gründen der Bestandssicherung - mit Realschule und Gymnasium zu messen. Bei weiter schrumpfenden Schülerzahlen gewinnt jede einzelne Grundschule im Einzugsgebiet als potentieller Zulieferer zunehmende Bedeutung.

Die gegliederten Schulen des Bezirks liegen überwiegend im alten Stadtkern; Grundschulen und Gesamtschulen dagegen sind der Siedlungsstruktur entsprechend ringförmig um den Kern herum angeordnet. So sind die Gesamtschulen mindestens ebenso günstig erreichbar wie die traditionellen Schulformen. Oft muß sogar eine Gesamtschule übersprungen werden, um zu einer weiter entfernten Realschule oder einem entfernteren Gymnasium

zu gelangen. Dennoch unterscheiden sich die Gesamtschulen in ihrer Schülerzusammensetzung erheblich. Ihr Anteil an hauptschulempfohlenen Schülern schwankt zwischen 40 und 88 Prozent.

Schließlich unterscheidet sich auch das Abgabeverhalten der Grundschulen beträchtlich, ohne daß dies auf die Nähe einer weiterführenden Schule zurückgeführt werden könnte. So gibt etwa eine Grundschule 4 Prozent eines Jahrgangs an die (nahen) Gesamtschulen ab, während aus einer anderen 64 Prozent der Schüler zur Gesamtschule wechseln. Zugleich lassen sich anhand der Schülerströme deutliche Vorlieben der Grundschulen für bestimmte Gesamtschulen erkennen - Präferenzen, die sich auch gegenüber dem Gesichtspunkt der Erreichbarkeit durchsetzen. Von den 24 Grundschulen des Bezirks wurden für die Befragung 17 ausgewählt, die im näheren Einzugsbereich von Gesamtschulen liegen und hinsichtlich ihres Abgabeverhaltens das Spektrum der bezirklichen Primarschulen abbilden.

3.2 Schullaufbahnberatung und Indikation der Gesamtschule

Die Vorbereitung der am Ende der 6. Jahrgangsstufe zu fällenden Übergangentscheidung beginnt in einigen Grundschulen, die Französisch als erste Fremdsprache anbieten, bereits gegen Ende der 4. Klasse mit der Fremdsprachenwahl. Nach Auskunft der Schulleiter gehen die Grundschulen davon aus - und entsprechend beraten sie -, daß Französischwähler in der Regel eine Gymnasialempfehlung erhalten und auf ein renommiertes Gymnasium des Bezirks, das den Französischunterricht fortführt, wechseln werden. Damit stellt diese Wahlentscheidung den ersten formalen Schritt der Übergangsauslese dar, an der die Gesamtschulen dieses Bezirks noch nicht beteiligt sind, da sie kein entsprechendes Profil anbieten. In der Mehrzahl der Grundschulen freilich setzt die Vorbereitung der Übergangentscheidung in der 6. Jahrgangsstufe ein und zieht

sich über die zweite Hälfte des Schuljahres hin. Die Schulleiter berichten von einem breiten Beratungsangebot, das von sehr vielen Eltern genutzt werde. Zu dem Angebot gehören Elternversammlungen, Elternsprechtage, Einzelgespräche in der Schule und gelegentlich auch Hausbesuche des Klassenlehrers. Diese Bemühungen der Grundschulen werden durch unterschiedliche, in den letzten Jahren zunehmende Informationsofferten der abnehmenden Sekundarschulen ergänzt. Der Beratungsprozeß läuft, wenn es nach den Wünschen der Grundschule vonstatten geht, auf eine Konvergenz von elterlichen Übergangswünschen und schulischen Empfehlungsabsichten zu. Bei nach Ansicht der Grundschule eindeutigen Empfehlungen wird die Wahl der entsprechenden Schulform - also Hauptschule, Realschule oder Gymnasium - als naheliegend betrachtet; individuelle Beratung erteilen die Grundschulen in diesen Fällen gelegentlich durch die Nennung einzelner Schulen, die sie für besonders geeignet halten. Fällt die Wahl von Eltern auf die Gesamtschule, so rät man nach Darstellung der Schulleiter grundsätzlich nicht ab. Allerdings wird auch nicht verschwiegen, daß bei sicheren Gymnasialempfehlungen der gerade Weg ins Gymnasium als angemessener gilt: Nicht wenige Grundschulen sehen in den Quoten der Gymnasialübergänge einen wichtigen Indikator für den Erfolg ihrer Unterrichtsbemühungen. Zeichnet sich ab, daß schulische Beurteilung und elterliche Schulwahl nicht ohne weiteres zur Deckung gebracht werden können, setzt eine intensivere Beratung ein, in die schließlich auch der Schulleiter eingeschaltet wird.

Die Annahme der Grundschulen, daß sich im Normalfall Grundschulempfehlung und elterliche Schulwahl entsprechen sollten, zeigt, daß die Gesamtschule im allgemeinen nicht als Alternative, die an die Stelle der Schulformen des gegliederten Systems treten könnte, betrachtet wird. (Eine derartige Auffassung ist eine seltene Ausnahmeerscheinung.) Üblicherweise gehen die Grundschulen von speziellen Indikationen der Gesamtschule aus, die mit hoher Übereinstimmung bezeichnet werden können.

Sind sich die beurteilenden Grundschullehrer ihrer Prognose unsicher (die befragten Schulleiter behandeln die Grundschulempfehlung immer noch als Prognose über den wahrscheinlich erreichbaren Abschluß, nicht als Mutmaßung über eine zunächst angemessene Form der schulischen Betreuung), so raten sie Schülern, die eine, wie es heißt, schwache Realschul- oder Gymnasialempfehlung erhalten würden, den Übergang zur Gesamtschule an. Insbesondere halten sie die Gesamtschule für Schüler angezeigt, die ein unausgeglichenes Leistungsprofil in den traditionellen Hauptfächern zeigen, so daß eine eindeutige Schulempfehlung schwer zu treffen ist. Für diese Schüler gilt die Fachleistungsdifferenzierung als günstigste Form der Unterrichtsorganisation. Sonderfälle prognostischer Unsicherheit stellen jene Schüler dar, die zwar nach ihren bisherigen Schulleistungen eine Hauptschulempfehlung erhalten würden, aber dennoch eine günstigere Leistungsentwicklung versprechen. Diesen sogenannten Spätentwicklern legen die Grundschulen den Übergang zur Gesamtschule nahe, da hier vielfältigere Bewährungschancen geboten würden. Schließlich gibt es verschiedene Formen sozialer Indikation: Begabte Schüler, die man dem vermuteten Leistungsdruck der Realschule und des Gymnasiums insbesondere während des Probehalbjahres nicht aussetzen möchte, hält man in der Gesamtschule ebenso für besser aufgehoben wie jene Schüler, die aufgrund ihrer familiären Situation einer schulischen Ganztagsbetreuung bedürfen.

Die Schullaufbahnberatung kann durchaus Züge eines Bargaining-Prozesses annehmen, in dem sich Schule und Eltern mit ihren Empfehlungen und Übergangswünschen entgegenkommen. Insbesondere bei hartnäckiger Diskrepanz zwischen beabsichtigter Schulempfehlung und Übergangswunsch der Eltern empfehlen Grundschulleiter die Gesamtschule als alle Möglichkeiten offenhaltenden Kompromiß in der Hoffnung, überhöhte elterliche Bildungsaspirationen dämpfen zu können. Die Motive der Grundschule, zur Gesamtschule zu raten, liegen einmal in der

Fürsorge für den Schüler, dem sie einen Mißerfolg im Probehalbjahr ersparen möchte, zum anderen in dem systemischen Kalkül, daß zu zahlreiche Fehlprognosen einen Reputationsverlust der Grundschule verursachen könnten. Die Gesamtschule ist insofern Nutznießer einer hohen Eingangsselektivität von Realschule und Gymnasium. Eine Liberalisierung der Aufnahmepraxis der gegliederten Schulen können Gesamtschulleiter im Grunde nur mit gemischten Gefühlen verfolgen.

Im Hinblick auf mögliche Gegenindikationen der Gesamtschule äußern sich Grundschulleiter erwartungsgemäß zurückhaltend. In zwei Fällen allerdings hält die Mehrheit der Grundschulleiter einen Gesamtschulbesuch für unangemessen; dies gilt einerseits für Schüler mit Spitzenleistungen, die in der Gesamtschule nicht ausreichend gefördert würden, und andererseits für leistungsschwache und labile Schüler, die auf eine persönliche Betreuung und feste Führung angewiesen seien. Im ersten Fall wird zum Gymnasium geraten und im zweiten Fall der Besuch einer Hauptschule - gelegentlich sogar nach einem persönlichen Gespräch mit dem betreffenden Schulleiter - vermittelt.

Offensichtlich betrachten die Grundschulen die Gesamtschulen nicht als Ersatz irgendeiner Schulform - wohlgerne auch nicht der Hauptschule -, sondern nehmen dieses Angebot als wünschenswerte Differenzierung und Bereicherung des Sekundarschulsystems wahr. Geht man davon aus, daß sich Grundschule und Elternschaft in der Beurteilung der Indikation der Gesamtschule nur graduell unterscheiden, so stellt sich die Frage, inwieweit die Gesamtschule den Kreis möglicher Interessenten bereits tatsächlich ausmißt. Eine große Zahl potentieller Gesamtschüler befindet sich zweifellos unter den ausländischen Schülern, die bereits in der Bundesrepublik herangewachsen sind. Bei vielen dieser Schüler ist die Prognoseunsicherheit ihrer Lehrer zum Ende der Grundschulzeit noch beträchtlich, so daß eine Schule, die von ihrer Konzeption her alle Abschluß-

möglichkeiten offenhält, angezeigt ist. Einige Gesamtschulen haben in der Tat die Sorge um Folgeprobleme zurückgestellt und in der Absicht, eine leistungsmäßig ausgeglichene Schülerschaft zu erreichen, mit der Aufnahme einer größeren Zahl ausländischer Schüler begonnen. Für die ausländischen Schüler ist in der Regel auch die Ganztagsbetreuung, die die Mehrzahl der Gesamtschulen anbietet, besonders attraktiv. Die Offenheit der Bildungswege und der Ganztagsbetrieb können im Hinblick auf diese Klientel als Wettbewerbsvorteil gegenüber den gegliederten Schulen gelten. Jedoch erreicht die Gesamtschule auch unter den deutschen potentiellen Interessenten nur einen Teil. Viele Eltern weichen in ihrer Schulwahl von der Grundschulempfehlung nach "oben" ab. Unter Opportunitäts Gesichtspunkten müßte man demnach zur möglichen, aber nicht erreichten Klientel der Gesamtschule jene Schüler zählen, die sich beim Übergang in die Sekundarstufe I empfehlungswidrig verhalten und dennoch das Probehalbjahr an Realschule oder Gymnasium erfolgreich absolvieren (vgl. Tabelle 3). Die Zahl dieser Schüler beläuft sich zur Zeit auf etwa 30 Prozent eines Gesamtschuljahrgangs. Angesichts des nicht ausgeschöpften Rekrutierungsreservoirs müssen die Wettbewerbschancen der Gesamtschulen bei weiter zurückgehenden Schülerzahlen nicht von vornherein ungünstig sein. Allerdings wird man sich fragen müssen, unter welchen Voraussetzungen es den Gesamtschulen gelingen kann, mögliche Interessenten besser zu erreichen und dauerhaft an sich zu binden. Daß sich ein solcher Pragmatismus von den Integrationsvorstellungen, die mit der Gesamtschule verbunden sind, entfernt, ist offensichtlich. Gleichwohl bietet ^{sich} dieser Weg für eine Reihe von Gesamtschulen als Konsequenz des bisherigen, noch moderaten Wettbewerbs der Sekundarschulen an. Ob der Ausweg freilich auf Dauer gangbar ist oder nur den Freiraum für ein Nachdenken über bessere Lösungsmöglichkeiten bietet, ist keineswegs ausgemacht.

3.3 Kenntnisse und Urteile von Grundschulleitern über Gesamtschulen

Die ausgewählten Grundschulleiter wurden zunächst danach gefragt, inwieweit sie Gesamtschulen des Bezirks aus eigener Anschauung kennenlernen konnten, und anschließend gebeten, diese möglichst differenziert zu beurteilen. Die Befragung zeigte, daß die Informationen, die Grundschulrektoren persönlich über ihre Abnehmerschulen erwerben, eher gering sind. Im allgemeinen lernen sie Sekundarschulen durch Kurzbesuche im Rahmen von Schulleiterbesprechungen, öffentliche Veranstaltungen, Tage der Offenen Tür oder gelegentlich auch durch persönliche Einladungen zum Konferenz- oder Schulbesuch kennen. Daß Schulleiter - etwa durch die Arbeit im Personalrat - detaillierte Kenntnisse der weiterführenden Schulen und ihrer internen Vorgänge besitzen, ist ausgesprochen selten. Insofern ist es nicht verwunderlich, wenn es ihnen schwer fällt, Gesamtschulen differenziert zu beschreiben. Dennoch stimmen die Schulleiter nahezu perfekt überein, wenn sie die integrierten Schulen nach ihrem Gesamteindruck einstufen - nur die Schulen der ersten und zweiten Position tauschen einmal ihre Plätze. Es ist wichtig, darauf hinzuweisen, daß die Gesamtbeurteilung unabhängig von einer genaueren Kenntnis der leistungsmäßigen Zusammensetzung der Schülerschaft einer Gesamtschule vorgenommen wird. Es gelingt den Grundschulleitern in der Regel nicht einmal annäherungsweise, die Struktur der Schülerschaft einer Gesamtschule anhand der Verteilung der Grundschulempfehlungen zu beschreiben; sie unterschätzen erheblich den Anteil hauptschulempfohlener Schüler und ebenen zugleich die Unterschiede zwischen den einzelnen Schulen ein.

Dennoch sind die Grundschulen über ihre Abnehmerschulen keineswegs uninformiert. Neben dem Austausch im Kollegenkreis gehören Aussagen ehemaliger Schüler zu den wichtigsten Informationsquellen der Grundschullehrer. Oftmals besuchen Schüler nach dem Schulwechsel noch ihre Grundschulen und geben

authentische Berichte über die neue Schule, den Unterricht, das Schulleben und ihre neuen Lehrer. Diese Berichte werden anhand von Auskünften von Kollegen und insbesondere von Eltern, die Kinder an einer Grund- und Sekundarschule haben, ergänzt und überprüft. Schließlich rundet sich das Bild durch die Art und Weise ab, wie sich eine Oberschule als soziale Organisation in der Öffentlichkeit präsentiert. Insgesamt reichen diese Informationen nicht aus, um sich ein facettenreiches Urteil über die Abnehmerschule zu bilden. Einen einigermaßen zuverlässigen Gesamteindruck scheinen sie gleichwohl zu vermitteln.

Die Struktur der Schulleiterurteile ist relativ einfach. Dies ist sicherlich einer der Gründe, weshalb die Urteilsübereinstimmung hoch ist. Grundschulleiter stützen ihr Urteil im wesentlichen auf das vermutete Leistungsniveau einer Schule, ihr allgemeines Erscheinungsbild, die Durchsetzung einheitlicher Verhaltensregeln für Unterricht und Schulleben sowie die Selbstdarstellung der Schule in der bezirklichen Öffentlichkeit und im Umgang mit den Grundschulen. Merkmale wie Schulgröße, Führung einer gymnasialen Oberstufe, Ganztags- oder Halbtagsbetrieb werden als zusätzliche Gesichtspunkte herangezogen. Ausschlaggebende Bedeutung gewinnen sie jedoch kaum. Wichtigstes Urteilskriterium sind das vermutete Anspruchsniveau und intellektuelle Anregungspotential einer Schule. Darin verbindet sich die Sorge um die Gleichwertigkeit von Abschlüssen mit dem Anliegen optimaler Förderung. Generell werden den Gesamtschulen etwas geringere Leistungsanforderungen nachgesagt, wenngleich man größere Differenzen zwischen den einzelnen Gesamtschulen sieht. Dies gilt als nicht kompensierbarer Mangel. (Das Argument, eine gewisse Zurücknahme der Leistungsanforderungen könne man als Kosten einer gemeinsamen, nicht nur akademisch orientierten Erziehung aller Schüler im Sekundarbereich I tolerieren, wurde nur in einem einzigen Interview erwähnt.) Ihr Urteil über das Anspruchsniveau einer Schule scheinen sich Grundschulleiter

und -lehrer in erster Linie anhand von Indikatoren zu bilden, die anzeigen, ob es an den sozialen Voraussetzungen für einen soliden Unterricht und eine verantwortungsvolle Erziehung fehlt. Schülerberichte über häufigen Unterrichtsausfall, Verspätungen von Lehrern, fehlende Anwesenheitskontrollen, unbemerktes Schwänzen, große Unruhe in den Unterrichtsstunden, unregelmäßige Hausaufgaben oder mangelnde Betreuung bei Arbeiten in der Schule sind Alarmsignale. Einen weiteren Urteils Gesichtspunkt bildet das Erscheinungsbild einer Schule, wie es von Eltern beschrieben wird oder ein Schulleiter es aus eigener Anschauung kennt (vgl. die Befunde von Neubauer, 1983, zu elterlichen Schulwahlmotiven). Der Zustand von Verkehrsflächen, die Ausgestaltung von Klassenräumen, die Pflege von Einrichtungs- und Gebrauchsgegenständen sowie die Umgangsformen von Schülern werden von den Schulleitern als Hinweise auf die Identifikation von Kollegium und Schülern mit ihrer gemeinsamen Aufgabe und als Anhaltspunkte für die Intensität der persönlichen Betreuung, die auch den Aspekt der sozialen Kontrolle mit einschließt, interpretiert. Daß Grundschulrektoren in dieser Hinsicht empfindlich sind, liegt eigentlich nahe: Meistens leiten sie relativ kleine, gut gepflegte und oft sehr individuell ausgestaltete Schulen (vgl. auch Hopf u.a., 1980). Der Besuch einer großen Sekundarschule ist zweifellos auch immer ein Schritt in eine andere Schulwelt, die man eher mit Skepsis wahrnimmt. Gesamtschulen sind in besonderem Maße dem Argwohn ausgesetzt, da ihnen lange Zeit der Ruf einer anonymen Großorganisation anhing. Um so wichtiger scheinen alle Anhaltspunkte zu werden, die auf Verantwortungsbewußtsein und Engagement von Kollegen und Schülern und Bemühungen um Individualität hindeuten. Insgesamt betrachtet müssen sich Grundschulleiter vorwiegend auf Auskünfte aus zweiter Hand verlassen. Gleichwohl wählen sie offenbar aus den ihnen zufließenden Informationen Hinweise aus, die eine strukturelle Ähnlichkeit mit relativ leicht zu handhabenden Indikatoren besitzen, die in der Schulforschung zur Beschreibung der Qualität von

Bildungseinrichtungen Verwendung gefunden haben (Brookover u.a., 1979; Rutter u.a., 1980, und Rutter, 1983; Coleman u.a., 1982).

3.4 Divergenz des Abgabeverhaltens

Angesichts der hohen Urteilsübereinstimmung ist das unterschiedliche Abgabeverhalten von Grundschulen auffällig. Die Übergangsquoten zur Gesamtschule schwankten 1982/83 je nach Grundschule zwischen 4 und 64 Prozent eines Jahrgangs, ohne daß dies systematisch auf die Nähe einer beliebten beziehungsweise unbeliebten Gesamtschule zurückgeführt werden könnte. Soweit es sich durch die Befragung klären ließ, scheinen in jenen Fällen, in denen Grundschulen einen ausgesprochen geringen Schüleranteil an die Gesamtschulen abgeben, vor allem drei Umstände zusammenzuwirken. Die Schulen bedienen überwiegend ein sozialstrukturell günstiges Einzugsgebiet mit einer Klientel, die von vornherein zum Gymnasium tendiert. Die Grundschulen sind in der Regel klein, entsprechend gut überschaubar, pflegen den Kontakt zur Elternschaft und betonen ihren hohen Leistungs- und Erziehungsanspruch. Kommt noch ein generell skeptisches Urteil über die Gesamtschule als einer intern sehr differenzierten Schulform hinzu, so liegt es auf der Hand, daß auch die beste Gesamtschule den Wünschen dieser Grundschule nur begrenzt genügen kann. Gleichwohl wird hieran auch deutlich, daß Versuche, die Rekrutierungsbasis einer Gesamtschule zu verbreitern, vermutlich wenig erfolgversprechend sind, wenn sie sich nicht dem Optimierungsproblem stellen, bei möglichst überschaubarer Organisationsstruktur intensive pädagogische Betreuung und anspruchsvollen Fachunterricht zu bieten. Manch einer wird beklagen, daß nunmehr Marktmechanismen vielleicht stärker noch als bisherige Verwaltungsmaßnahmen die Gesamtschule in die Nähe des Gymnasiums zwingen. Allerdings darf man nicht übersehen, daß auch das Gymnasium der Gesamtschule entgegengekommen ist - man denke an die veränderte Selektivität dieser Schulform, die breite

Neigungsdifferenzierung oder die Rückbesinnung auf ein vielfältiges Schulleben (vgl. Arbeitsgruppe am Max-Planck-Institut für Bildungsforschung, 1984).

Hohe Übergangsquoten zur Gesamtschule wiederum scheinen nach den Schulleiterinterviews vor allem das Ergebnis einer längeren vertrauensvollen Zusammenarbeit zwischen Grundschule und Abnehmerschule zu sein, der auf seiten der Grundschule die Überzeugung von der Solidität der bevorzugten Gesamtschule zugrunde liegt. Verstärkt werden kann die Bevorzugung der Gesamtschule durch eine eher gymnasialferne Klientel der Grundschule und durch Grundschullehrer, die den Leistungsstand ihrer Schüler eher skeptisch beurteilen und zugleich die Eingangsselektivität von Realschule und Gymnasium tendenziell überschätzen.

4. Strukturelle Rahmenbedingungen und schulische Gestaltungsfreiheit

Fassen wir noch einmal zusammen: Die befragten Grundschulleiter gründen ihr Urteil über die Gesamtschulen auf wenige, ihrer Meinung nach zentrale Kriterien, vor allem der inneren Gestaltung einer Schule. Die leistungsmäßige Struktur der Schülerschaft einer Schule scheint kein expliziter Beurteilungsgesichtspunkt zu sein, obwohl die Qualitätsurteile mit der leistungsmäßigen Zusammensetzung der jeweiligen Schülerschaft korrespondieren. Administrativ festgelegte Strukturmerkmale einer Schule haben für die Urteilsbildung eher nachgeordnete Bedeutung. Dieser Befund legt die Frage nahe, ob sich nicht Merkmale innerschulischer Gestaltung einerseits und äußerer Strukturbedingungen andererseits für alle Berliner Gesamtschulen in einen systematischen Zusammenhang mit der Zusammensetzung ihrer Schülerschaft bringen und in ihrem relativen Gewicht bestimmen lassen. Im folgenden wird über den Versuch berichtet, diesen Zusammenhang empirisch zu überprüfen und die Bedeutung struktureller Rahmenbedingungen und schulischer Gestaltungsmaßnahmen für die Schülerrekrutierung quantitativ abzuschätzen.

Die Gesichtspunkte, die den Grundschulleitern für die Beurteilung der Gesamtschulen wichtig erschienen, wurden um eine Reihe weiterer Merkmale zu einer Liste mit 21 Items ergänzt (s. Anhang). Diese Liste wurde zwei Experten, die alle Berliner Gesamtschulen aus eigener Anschauung gut kennen, unabhängig voneinander mit der Bitte vorgelegt, 26 Gesamtschulen, für die Daten zur Zusammensetzung der Schülerschaft verfügbar sind, im Hinblick auf jedes Merkmal anhand einer sechsstufigen Skala einzuschätzen. Die Prüfung der Beurteilungsübereinstimmung ergab gute Werte ($r > .70$) für Urteile, die sich auf das Erscheinungsbild der Schule, das allgemeine Schülerverhalten, die Übereinstimmung im Kollegium und die Öffentlichkeitsarbeit bezogen und noch ausreichende Maße für die Einschätzung des überwiegenden Teils des Fachunterrichts und der Auendarstellung einer Schule ($r > .60$

und $<.70$). Für die Beurteilung der Arbeitshaltung von Schülern im Unterricht, des Ganztagsbetriebs sowie der Kontakte zu Grundschulen und Betrieben sinkt die Übereinstimmung, und die Zunahme fehlender Werte zeigt, daß die Beurteiler selbst auch unsicherer werden. Die Merkmale mit hinreichender Beurteilerübereinstimmung lassen sich zu drei Skalen zusammenfassen, die den "Leistungsanspruch" einer Schule, das "allgemeine Schülerverhalten" und die "Selbstdarstellung der Schule als soziale Organisation" anzeigen. Die interne Konsistenz der Skalen liegt bei $\alpha >.80$ (vgl. Anhang).

Die unterschiedlichen strukturellen Rahmenbedingungen, unter denen Gesamtschulen zu arbeiten haben, wurden mit drei Variablen zu erfassen versucht. Der relative Gymnasialbesuch der Siebtkläßler pro Bezirk dient der groben Beschreibung des sozialstrukturellen Gefälles zwischen den Stadtteilen. Der relative Gesamtschulbesuch des gleichen Jahrgangs pro Bezirk soll die Wettbewerbssituation charakterisieren, in der sich die Gesamtschulen eines Bezirks untereinander befinden. Als drittes Strukturmerkmal wurde erhoben, ob eine Gesamtschule eine eigene gymnasiale Oberstufe führt.

In ersten Regressionsanalysen wurden die Strukturvariablen und die Merkmale der innerschulischen Gestaltung, wie sie die Skalen repräsentieren, als Prädiktoren und der Anteil hauptschulempfohlener Schüler, den eine Gesamtschule 1982/83 im 7. Jahrgang ausweist, als Kriterium behandelt. (Die Skalen "Schülerverhalten" und "Selbstdarstellung als soziale Organisation" wurden aufgrund ihrer hohen Kollinearität allerdings nicht gemeinsam in eine Regressionsgleichung eingeführt (s. Tabelle 8).) Die fünf herangezogenen Prädiktoren erklären insgesamt 55 Prozent der Varianz im Anteil hauptschulempfohlener Schüler an Gesamtschulen. Schulen in Stadtbezirken mit hoher Gymnasialquote sowie in Regionen mit dichtem Gesamtschulangebot und folglich härterem Wettbewerb arbeiten unter erschwerten Rekrutierungsbedingungen. 27 Prozent der Kriteriumsvarianz entfallen auf diese Strukturvariablen. Jedoch auch nach ihrer Berücksichtigung klären die innerschulischen Gestaltungsmerkmale noch einen beträchtlichen Varianzanteil von 26 Prozent zusätzlich auf. Die Variable "Leistungsanforderungen", die aus inhaltlichen Gründen vor dem Prädiktor "Selbstdarstellung" in die Regressionsgleichung aufgenommen wurde, bindet 20 Prozent der Varianz; nach Auspartialisierung des Leistungs-

aspekts liefert die "Selbstdarstellung als soziale Organisation" noch einen Erklärungsbeitrag von 5 Prozent. Der Ausbau einer Gesamtschule mit einer gymnasialen Oberstufe als solcher - also ohne Berücksichtigung aller innerschulischen Rückwirkungen - scheint für die Schülerrekrutierung weniger bedeutsam zu sein. Je nach Einschlußfolge schwankende Semipartialkorrelationen weisen darauf hin, daß die Existenz einer Oberstufe in erster Linie - sei es durch die curricularen Rückwirkungen auf die Mittelstufe, sei es durch die Zusammensetzung der Lehrerschaft - die fachlichen Anforderungen einer Gesamtschule und damit indirekt die Rekrutierung einer leistungsmäßig ausgeglichenen Schülerschaft stützt.

In einem zweiten Schritt wurde versucht, die Analyse in einem Kausalmodell zuzuspitzen. Das in Abbildung 4 dargestellte Pfadmodell, das Strukturvariablen mit Merkmalen innerschulischer Gestaltung verknüpft und eine Wechselwirkung zwischen dem Anteil an Hauptschulempfehlungen und fachlichem Leistungsanspruch vorsieht, ist mit den empirischen Daten ausreichend kompatibel und erlaubt zugleich relativ sparsame Erklärungen ($\chi^2 = 5.42$, $df = 6$, $p = 0.5$; goodness of fit = .89; RMS = .079).

Wenn Gesamtschulen auf ungünstige Wettbewerbsbedingungen hinweisen, so hat dieses Argument Gewicht. Strukturelle Rahmenbedingungen können die Rekrutierung einer ausgewogenen Schülerschaft erschweren oder erleichtern. In sozialstrukturell bevorzugten Bezirken mit hohem Gymnasialanteil haben Gesamtschulen einen schweren Stand. Aber auch ein dichtes Gesamtschulangebot beeinträchtigt durch zunehmende Konkurrenz die Rekrutierungschancen. Allerdings scheint der Wettbewerb der integrierten Schulen untereinander zugleich das Bewußtsein für die Bedeutung eines störungsarmen Schulbetriebs und eines guten Gesamteindrucks zu schärfen. Daraus folgende Bemühungen um positive Selbstdarstellung der Schule können die Wettbewerbsnachteile zu einem gewissen Teil ausgleichen (der Gesamteffekt der Variablen "Gesamtschüleranteil" liegt bei .15). Eine gymnasiale Oberstufe stabilisiert den fachlichen Leistungsanspruch einer Gesamtschule, der wiederum den Rekrutierungserfolg mitbestimmt (Gesamteffekt der Variable "Leistungsanspruch" = -.39). Dieser Befund ist gut mit den Ergebnissen zu vereinbaren, die Meulemann über den Wandel elterlicher

Bildungsziele berichtet (Meulemann, 1982). Eine ausgesprochen instrumentelle Einstellung gegenüber der weiterführenden Schule, die Kob Ende der fünfziger Jahre für Eltern von Gymnasiasten nachweisen konnte (Kob, 1963), scheint mit der Expansion eher an Bedeutung gewonnen als verloren zu haben. Überraschend ist jedoch die Tatsache, daß der Leistungsanspruch die Rekrutierungschancen einer Gesamtschule in erster Linie vermittelt über ihre Selbstdarstellung als soziale Organisation beeinflusst und die direkte Wechselwirkung zwischen dem Anteil an Hauptschulempfehlungen und fachlichem Leistungsanspruch gering ist. Dies spricht für einen größeren Handlungsspielraum der Schulen und eine entsprechende Verantwortung für ihren Wettbewerbserfolg, widerspricht aber zugleich der Annahme, daß soziale Akzente im Schulleben auf Kosten von Leistungsanforderungen gesetzt werden müßten. Gerade die Schulen, die den instrumentellen Anforderungen eines soliden Unterrichts genügen, widmen offenbar auch dem sozialen Lernen, der pragmatischen Zusammenarbeit des Lehrkörpers und der Präsentation in der Öffentlichkeit besondere Obacht. Gesamtschulen haben durchaus Raum für eine aktive Rekrutierungspolitik. Ob es ihnen auch bei zunehmendem Wettbewerb um Schülernachwuchs gelingt, diese Möglichkeiten optimal zu nutzen, dürfte für die zukünftige Gestaltung der Sekundarstufe I nicht unerheblich sein.

5. Konkurrierende Hypothesen

Der absehbare Kapazitätsüberhang in der Sekundarstufe zwingt im Grunde allen weiterführenden Schulen Überlegungen zur Bestands- und Funktionssicherung auf. Große Schulen drohen Freiheitsgrade der differenzierten Programmgestaltung zu verlieren - für den Wahlpflichtbereich der Realschule und die Oberstufe des Gymnasiums ein wichtiger Gesichtspunkt -, kleinere Schulen können an die untere Grenze akzeptabler Betriebsgrößen geraten. Es ist keineswegs auszuschließen, daß die Summe aller Maßnahmen, die Einzelschulen treffen können, das seit einigen Jahren stabile Übergangsverhalten erneut in Bewegung geraten läßt und den Strukturwandel der Sekundarstufe I noch einmal vorantreibt. Reagieren Realschule und Gymnasium auf die zurückgehenden Jahrgangsstärken mit Lockerung der Übergangsauslese, so könnte dies den Druck auf die Gesamtschule verstärken, da das Empfehlungs- und Beratungsverhalten der Grundschulen in gewissem Maße unmittelbar von der

Eingangsselektivität der gegliederten Schulen abhängen. Eine auf der Aggregationsebene von Schulformen angesetzte Analyse könnte zu dem Schluß gelangen, daß sich bei weiterer Verschiebung des relativen Schulbesuchs und fortgesetztem Verlust der Gesamtschulen an leistungsstärkeren Schülern eine neue Dreigliedrigkeit des Berliner Schulwesens als erwartungswidrige Folge der regionalen Gesamtschulkonzentration abzeichnet. Die Gesamtschule bildete dann die neue dritte Schulform, die im wesentlichen jene Schülergruppen erfaßt, die 15 Jahre zuvor den Kern der Hauptschule bildeten. Die Hauptschule würde - nicht zuletzt infolge der allmählichen Angleichung des Bildungsverhaltens der ausländischen Schüler (Baumert und Köhler, 1984) - zu einer tatsächlichen Restschule, die man bei hinreichender Ausdünnung in einzelnen Stadtgebieten in die Gesamtschule überführen könnte (vgl. Horstkemper u.a., 1982).

Geht man jedoch von der vorhandenen Heterogenität der Gesamtschulen aus und ergänzt die statistischen Befunde durch Informationen, die durch Schulbesuche, Praktika sowie Gespräche mit Schulleitern und Schulaufsichtsbeamten gesammelt wurden, so gewinnt eine konkurrierende Hypothese an Plausibilität. Es konnte gezeigt werden, daß auch Gesamtschulen erfolgreich eine eigene Rekrutierungspolitik betreiben können. Das gilt nicht nur im Hinblick auf ausländische Schüler. Auch die nicht realisierten Bildungswünsche deutscher Eltern können sie nutzen, sofern sie sich auf die Bedingungen des Bildungsmarktes einlassen. Einige Gesamtschulen, die es verstanden haben, sich ein attraktives Profil zu geben, führen dies seit geraumer Zeit vor. Nicht zuletzt infolge des Gestaltungswillens dieser Schulen hat sich die Varianz zwischen den Gesamtschulen trotz Verbindlichkeit eines gemeinsamen Grundmodells verbreitert, so daß man mit ganz unterschiedlichen Wettbewerbschancen zu rechnen hat. Bemühungen um Bestandssicherung werden die Unterschiedlichkeit des Angebots eher weiter vergrößern als verringern. Statt einer neuen Dreigliedrigkeit könnte sich eine Diversifizierung der Bildungsmöglichkeiten in der Sekundarstufe I andeuten, die es sogar erlauben mag - und sei es unter dem Namen von Modellversuchen - an einigen Schulen pädagogische Nischen auszubilden, wie sie zuvor nur im Privatschulbereich denkbar waren.

Am einen Ende des Spektrums des Gesamtschulangebots finden sich Schulen, die sich auf einen Wettbewerb der Sekundarschulen im

Grunde nicht einlassen können oder dies auch gar nicht wollen. Interessant sind jene Schulen - überwiegend Umgründungen von Hauptschulen -, die dem Wettbewerb bewußt eine Absage erteilen, da sie sich auf ihre derzeitige Klientel eingestellt haben. Diese Schulen, die in der Schulaufsicht als gut geführt gelten und ausreichend nachgefragt werden, versuchen ihren Schülern ein differenziertes Programm anzubieten, in dem die praktisch-technische Bildung ein größeres Gewicht hat. Die persönliche Betreuung von Schülern und die Konstanz personaler Beziehungen spielen ebenfalls eine wichtige Rolle, ohne daß allerdings die fachliche Ausbildung sozialpädagogischen Anliegen geopfert würde. Zusätzliche Akzente können insbesondere in Ganztagschulen durch Bemühungen um die Eingliederung von Ausländern gesetzt werden. Wenn man so will, findet man hier den erfolgreichen Typus einer modernen, differenzierten und oft multi-ethnisch zusammengesetzten Schule, die jene Funktionen erfüllt, die man in den Reformplänen der frühen sechziger Jahre der Hauptschule zugedacht hatte. Aber diese Schule bietet freilich nunmehr auch den Vorzug einer größeren Offenheit der Bildungswege. Eigentliche Problemfälle stellen dagegen jene (wenigen) Schulen dar, die in ihrem Einzugsgebiet nicht wunschgemäß akzeptiert wurden, sich aber auch nicht erfolgreich auf ihre tatsächliche Klientel einzustellen vermochten.

Dem anderen Ende des Spektrums neigen jene Schulen zu, die sich bereits durch ein besonderes pädagogisches Profil auszeichnen oder zumindest Ansätze einer Profilbildung aufweisen (vgl. Rohde, 1983). Nach dem Urteil von Gesamtschulkennern sind dies bis zu zehn Schulen (s. Anhang, Var. 21). Ein Teil dieser Schulen versucht unter Ausnutzung der Spielräume, die der Wahlpflichtbeziehungsweise Wahlbereich bietet, fachliche Akzente zu setzen, um Schülern zumindest in einem Gebiet ein "vertieftes Studium", wie es an Schulen sonst unüblich ist, zu ermöglichen. Ihre Bemühungen erstrecken sich sowohl auf die eher akademischen als auch auf die musisch-ästhetischen Fächer. Verbunden sind damit in der Regel unterrichtsorganisatorische Maßnahmen, die konstitutive Merkmale des Grundmodells der Gesamtschule tangieren können (etwa Bildung von Wahlpflichtklassen oder Modifikationen des Differenzierungssystems). Andere Schulen widmen der originellen Gestaltung des außerunterrichtlichen Bereichs besondere Aufmerksamkeit, sei es durch die Integration von außerunterrichtlichen

Projekten und Fachunterricht in ein Gesamtkonzept von Schulleben oder durch die Öffnung der Schule in das kommunale Umfeld. Erfolgversprechend scheinen diese Bemühungen zu sein, soweit sie Zeugnis für ein intellektuell anregendes Klima und partnerschaftliches Zusammenleben zugleich ablegen. Eine dritte Gruppe von Schulen, die sich verstärkt ausländischen Schülern geöffnet hat, bemüht sich, noch vage Vorstellungen einer interkulturellen Erziehung zu realisieren. Dabei versuchen sie, auch Wege der Unterrichtsorganisation zu beschreiten, die über das Modell einer flexibel zu handhabenden Fachleistungsdifferenzierung hinausweisen. Über die weitere Entwicklung einer größeren Zahl von Schulen, die zur Zeit dem indifferenten Mittelbereich zuzurechnen sind, wird in den nächsten Jahren entschieden werden. Vermutlich werden auch sie noch einmal zu einer Vergrößerung der Angebotsvielfalt beitragen. Schließlich ist zu berücksichtigen, daß unter den Bedingungen zunehmenden Wettbewerbs auch Realschule und Gymnasium internen Differenzierungsprozessen ausgesetzt werden - man denke nur an die quantitativen Voraussetzungen einer funktionsfähigen gymnasialen Oberstufe oder eines breiten Wahlpflichtbereichs an Realschulen. Doch selbst wenn man die Einheit des Gymnasiums nicht in Frage stellt, zeichnet sich eine Situation ab, in der des öfteren die Entscheidung für eine Einzelschule wichtiger als die Wahl der Schulform werden kann.

6. Anhang

ITEM- UND SKALENKENNWERTE

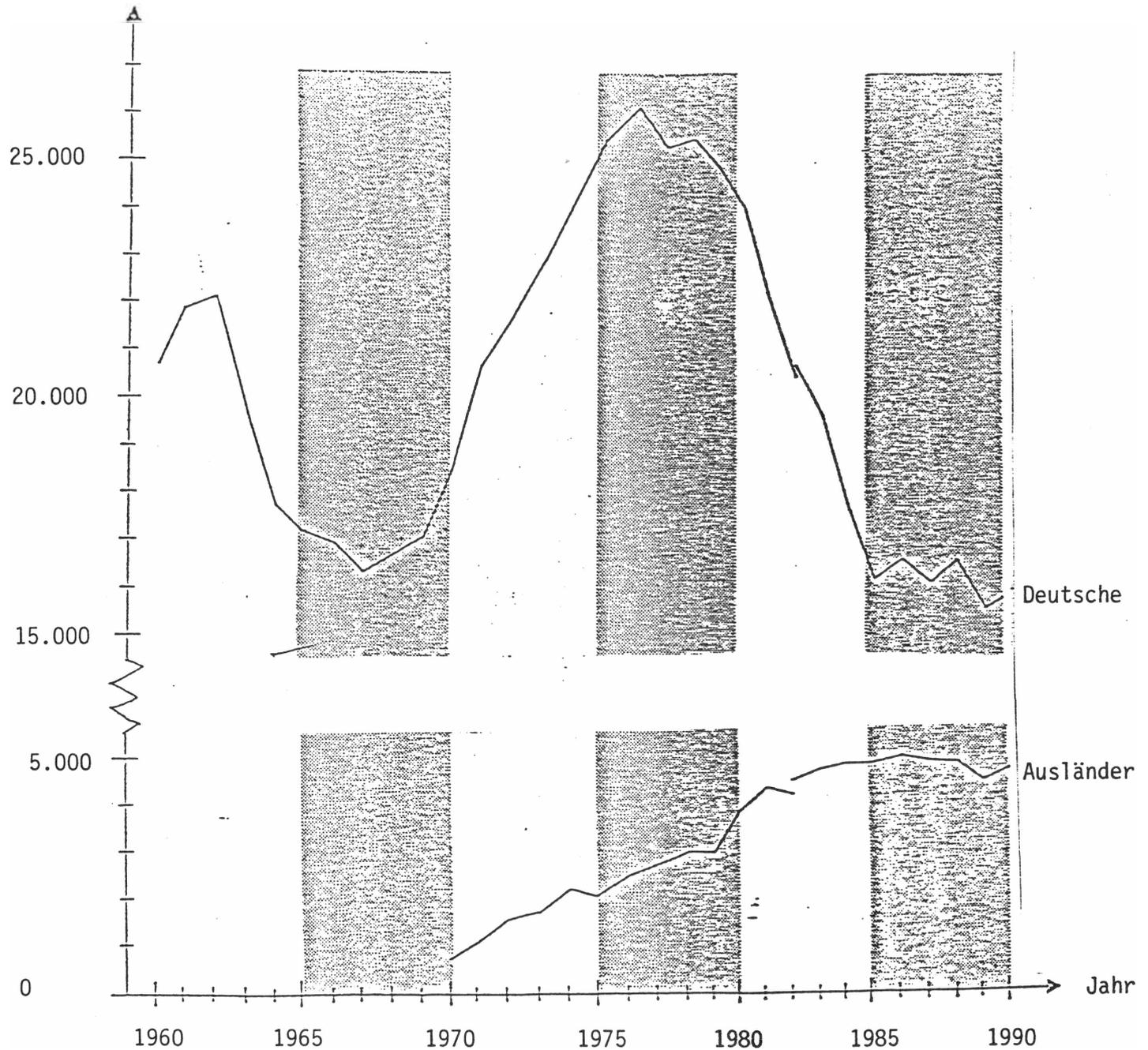
		\bar{x}	sd	r
VAR001	Erscheinungsbild des Schulgebäudes	3.3	0.8	.85
VAR002	Allgemeines Verhalten der Schüler auf dem Schulgrundstück	3.4	0.9	.84
VAR003	Übereinstimmung des Kollegiums in grundlegenden Verhaltenserwartungen an die Schüler	3.2	0.9	.74
VAR004	Allgemeine Leistungsanforderungen Planung und Durchführung des Unterrichts in	3.2	0.9	.83
VAR005	a. Mathematik/Naturwissenschaften	3.7	0.4	.63
VAR006	b. Fremdsprachen	3.1	0.7	.68
VAR007	c. Arbeitslehre	3.7	0.6	.71
VAR008	d. Gesellschaftskunde	3.4	0.5	.67
VAR009	e. Deutsch	3.3	0.6	.50
VAR010	f. Musik/Kunst	3.5	0.6	.38
VAR011	Arbeitshaltung der Schüler im Unterricht	3.4	0.8	.48
VAR012	Förderung schwächerer/langsamere Schüler	3.3	0.7	.52
VAR013	Bemühungen um 'soziales Lernen'	3.1	1.1	.58
VAR014	Funktionstüchtigkeit des Ganztagsbetriebs	3.3	0.8	.35
VAR015	Fakultative Angebote (AGs, Chor, Orchester etc.)	3.4	0.7	-.17
VAR016	Verständigungsbereitschaft im Kollegium zwischen Leitung und Kollegium	3.5	1.1	.73

		\bar{x}	sd	r
VAR017	Zusammenarbeit mit Grundschulen	4.2	0.4	.28
VAR018	Zusammenarbeit mit Betrieben	fehlende Werte		
VAR019	Schulveranstaltungen, die Eltern und Freundeskreis der Schule erreichen	3.0	1.2	.82
VAR020	Allgemeine Öffentlichkeitsarbeit der Schule ('Imagepflege')	3.4	1.3	.80
VAR021	Profilbildung erkennbar (0=nein; 1=ja)	nein=15	ja=11	.90

	\bar{x}	sd	α
Skala "Schülerverhalten" (VAR001, VAR002, VAR003)	9.8	2.3	.88
Skala "Leistungsanforderungen" (VAR004, VAR005, VAR006, VAR007, VAR008, VAR009)	20.5	2.9	.89
Skala "Selbstdarstellung als soziale Organisation" (VAR013, VAR016, VAR019, VAR020, VAR021)	13.3	4.5	.89

Abb. 1: Wohnbevölkerung im Alter von 13 bis unter 14 Jahren in Berlin (West), 1960-1990¹

Wohnbevölkerung

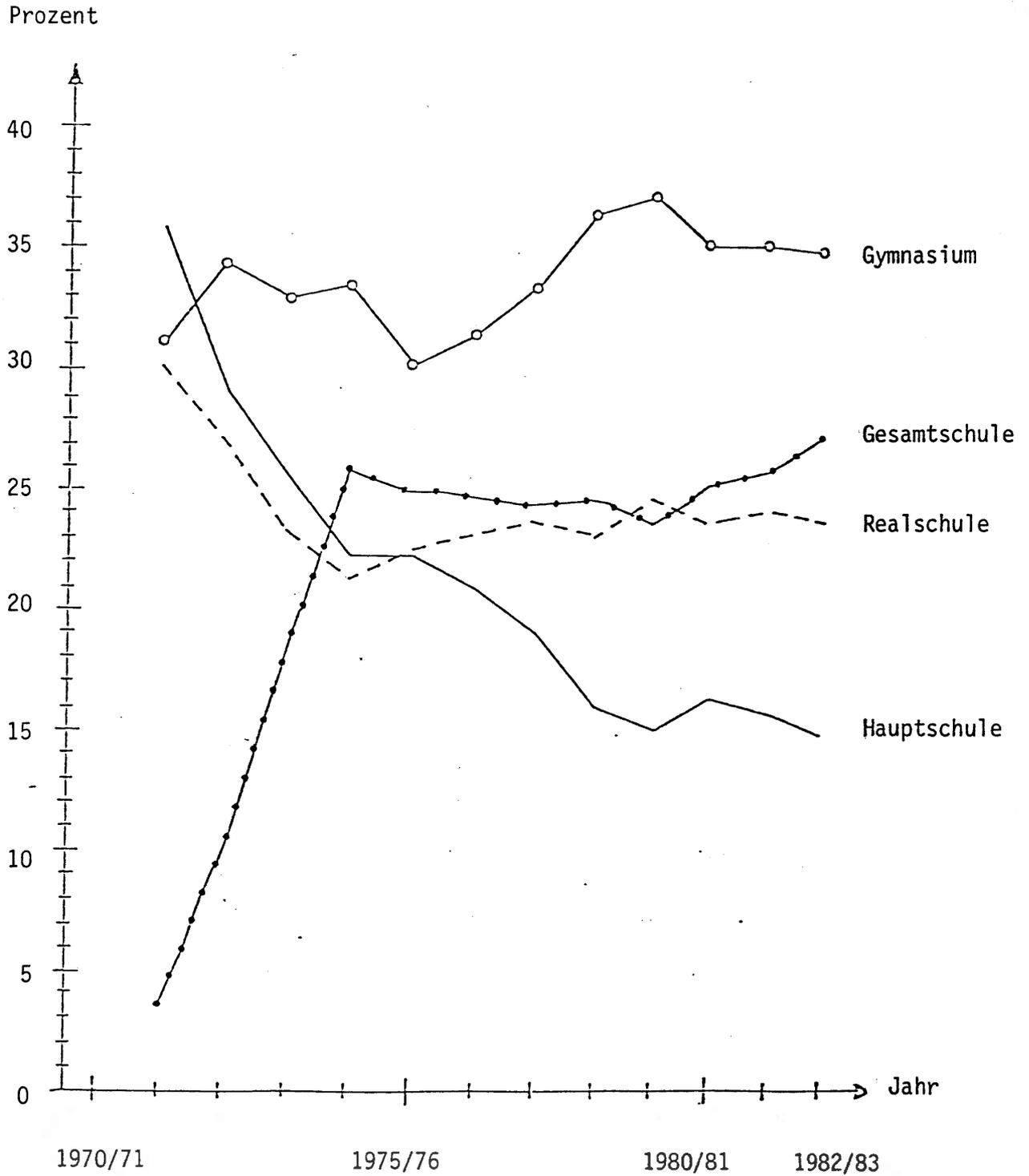


Gerasterte Flächen kennzeichnen die Kohorten, die sich 1970, 1980 bzw. 1990 in der Sekundarstufe I befinden.

¹ 1960-1970: Amtliche Fortschreibung; 1970-1982: verwaltungsintern korrigierte amtliche Fortschreibung, Ausländer lt. Einwohnerregister; ab 1983: Prognose auf der Basis von 1982, erstellt Anfang 1983.

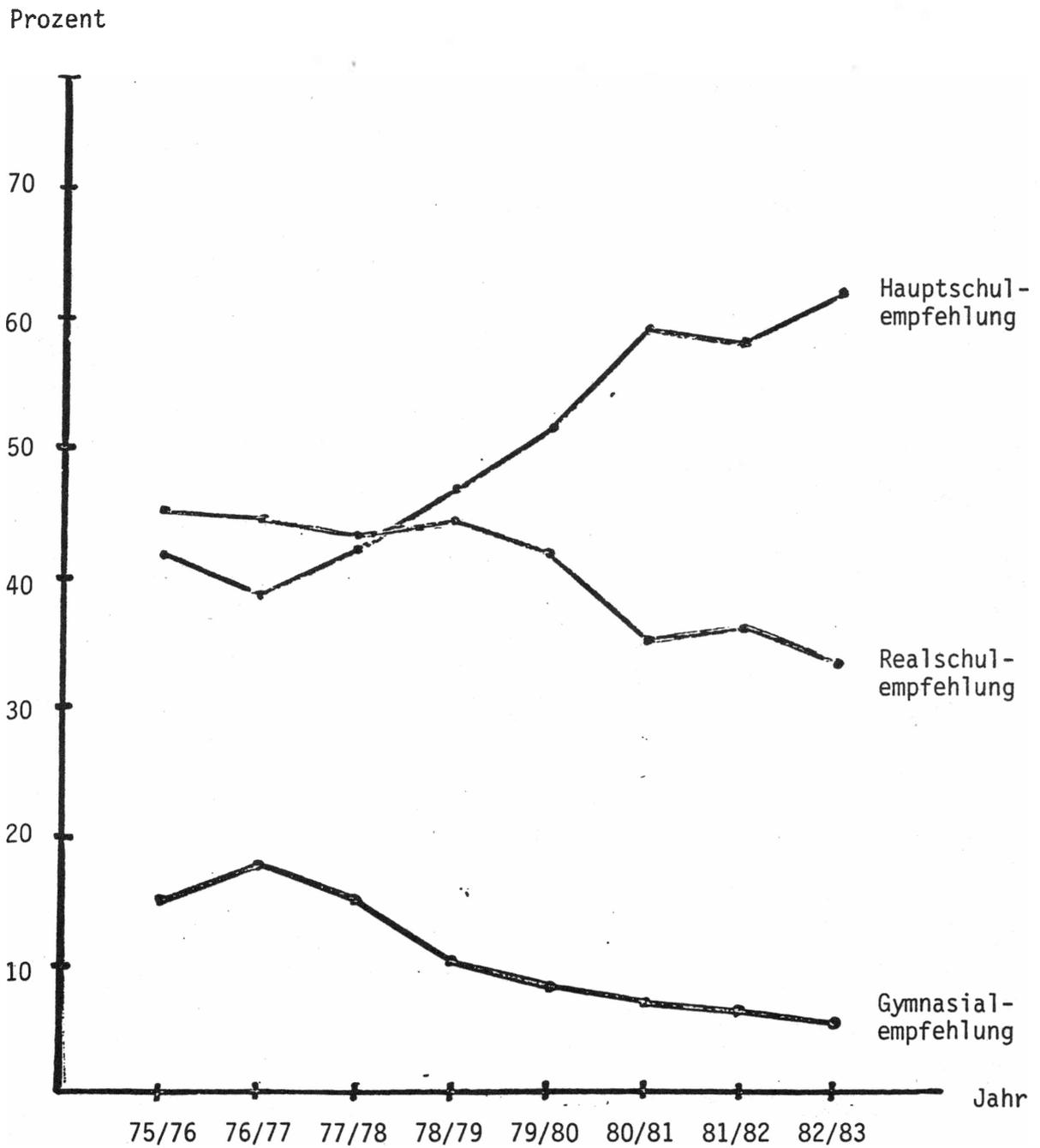
Quelle: Statistisches Landesamt Berlin, Sonderauswertung vom 1.6.1983.

Abb. 2: Übergänger von den Grundschulen zu den Sekundarschulen nach Schulform in Berlin (West), 1970/71-1982/83 (in Prozent)



Quelle: Der Senator für Schulwesen: Das Schuljahr in Zahlen. Allgemeinbildende Schulen in Berlin (West). Berlin 1975/76 ff.

Abb. 3: Schüler der 7. Jahrgangsstufe an Gesamtschulen in Berlin (West) nach Oberschulempfehlung, 1975/76-1983/84 (in Prozent)



Quelle: Der Senator für Schulwesen: Das Schuljahr in Zahlen. Allgemeinbildende Schulen in Berlin (West). Berlin 1975/76 ff.

Abb. 4: Pfadmodell zur Erklärung der Zusammensetzung der Schülerschaft an Gesamtschulen (Koeffizienten geschätzt über LISREL V)

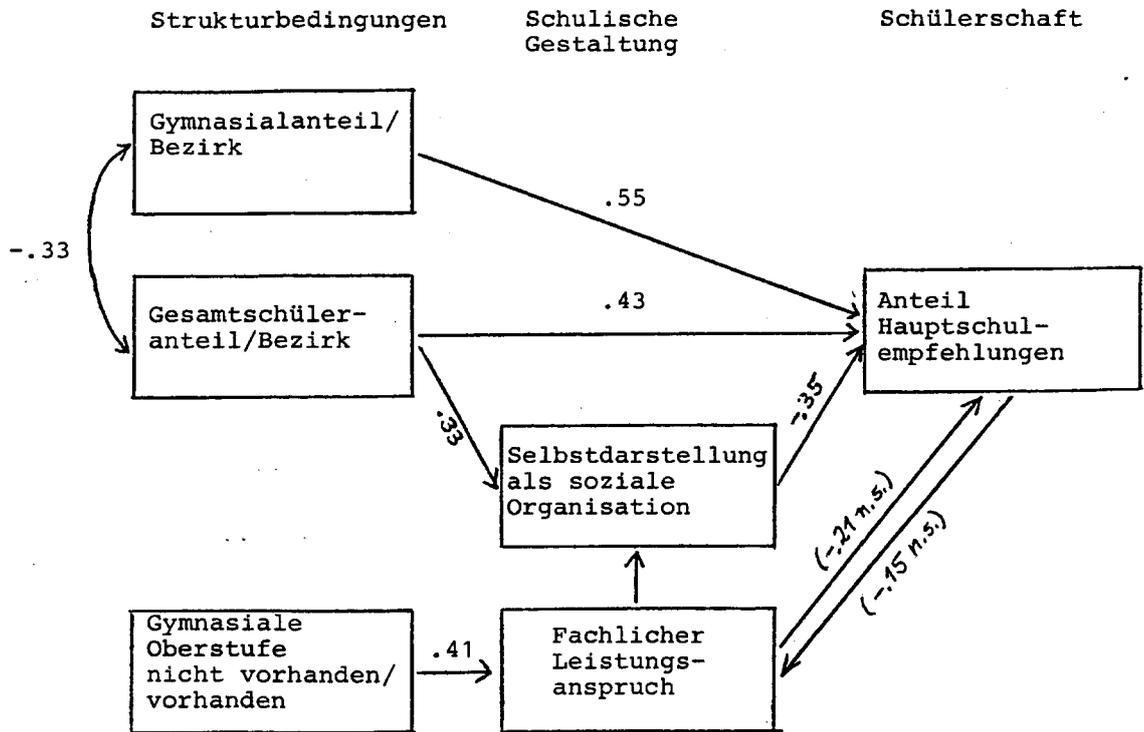


Tabelle 1: Gesamtschulen in der Bundesrepublik Deutschland, 1983/84¹

Länder	Integrierte Gesamtschulen					Kooperative Gesamtschulen						
	Ins- gesamt	mit Ganz- tags- betr.	mit Primar- stufe	mit gymn. Ober- stufe	Schüler der 7. Jahrgangs- stufe an IGS 1983/84 (in Prozent)	Ins- gesamt	mit Ganz- tags- betr.	mit Primar- stufe	mit integr. Orien- tierungs- stufe	mit gymn. Ober- stufe	Schüler der 7. Jahrgangs- stufe an KGS 1983/84 (in Prozent)	Schüler der 7. Jahrgangs- stufe in hori- zontalisierten Systemen 1983/84 (in Prozent)
Baden- Württemberg	7	7	1	7	1,2	3	1	-	2	3	0,6	1,8
Bayern	2	1	-	-	0,3	11	1 ²	-	1	9	2,5	2,8
Berlin ³	28	21	2	16	27,5	-	-	-	-	-	-	27,5
Bremen ⁴	4	2	-	-	8,5	43	-	-	-	-	79,0	87,5
Hamburg	24	2	9	7	20,6	1	-	1	1	1	1,1	21,7
Hessen ⁵	72	3	3	9	15,8	113	2	6	98	28	30,4	45,7
Nieder- sachsen	13	12	1	12	2,5	17	3	-	15	10	3,7	6,2
Nordrhein- Westfalen ^{6/7}	51	46	-	25	3,3	-	-	-	-	-	-	3,3
Rheinland- Pfalz	3	2	-	1	1,2	3	-	-	3	3	1,9	3,2
Saarland	2	-	-	-	3,2	-	-	-	-	-	-	3,2
Schleswig- Holstein	2	2	-	2	1,0	2	1	-	-	2	1,2	2,2
Insgesamt	208	98	16	79	4,2	193	8	7	120	56	4,7	8,9

¹ Ohne freie Waldorfschulen.

² Ferner eine KGS mit Tagesheim.

³ Ohne J.F.-Kennedy-Schule.

⁴ Ohne IGS der katholischen Gemeinde. In Bremen wurden die traditionellen Sekundarschulen zu kooperativen Schulzentren mit schulform-unabhängiger Orientierungsstufe zusammengefaßt.

⁵ Ohne Landerziehungsheim Odenwaldschule.

⁶ Anstieg ist in den nächsten Jahren durch Neugründungen bzw. Ausbau zu erwarten.

⁷ Ohne Laborschule und Oberstufenkolleg Bielefeld und ohne Hiberniaschule.

Quelle: Eigene Berechnungen nach Vorabmitteilungen der Kultusministerien bzw. Statistischen Landesämter.

Tabelle 2: Oberschulempfehlungen 1971/72-1983/84 und Ausländeranteil am jeweiligen Übergangsjahrgang (in Prozent)

Schuljahr	Hauptschul- empfehlung	Realschul- empfehlung	Gymnasial- empfehlung	Ausländer- anteil
1971/72 ¹	41.5	29.2	29.3	0
1975/76	35.4	33.3	31.3	8.1
1979/80	32.2	34.3	33.5	11.6
1983/84 ²	34.8	34.4	30.8	22.0

¹ Ohne Gesamtschüler.

² Wiederholer der 5. Klasse der drei grundständigen Gymnasien sind als Übergänger gezählt; dadurch entsteht eine geringe Ungenauigkeit.

Quelle: Der Senator für Schulwesen: Das Schuljahr in Zahlen. Allgemeinbildende Schulen in Berlin (West). Berlin 1975/76 ff.; eigene Berechnungen.

Tabelle 3: Indikatoren zur Eingangsselektivität von Gymnasium und Realschule, 1971/72-1983/84

Gymnasium

Schuljahr	Übergänger in Prozent	Abgänger nach Probehalbjahr in Prozent der Gymnasialübergänger	Schüler ohne Gymnasialempfehlung in Prozent der Gymnasialüber- gänger	Schüler ohne Gymnasialempfehlung nach Probehalbjahr in Prozent der verbliebenen Gymnasialübergänger
1971/72	30.6	9.3	14.1	10.9
1975/76	30.7	8.1	16.0	12.6
1979/80	36.2	7.7	18.9	15.5
1983/84	34.7	9.3	23.2	18.9

Realschule

Schuljahr	Übergänger in Prozent	Abgänger nach Probehalbjahr in Prozent der Realschulüber- gänger	Schüler mit Hauptschulempfehlung in Prozent der Realschulüber- gänger	Schüler mit Hauptschulempfehlung nach Probehalbjahr in Prozent der verbliebenen Real- schulübergänger
1971/72	29.6	14.4	20.8	16.7
1975/76	21.3	14.2	19.1	14.8
1979/80	23.1	11.8	19.8	15.8
1983/84	23.6	13.9	21.5	16.0

Quelle: Der Senator für Schulwesen: Das Schuljahr in Zahlen. Allgemeinbildende Schulen in Berlin (West). Berlin 1975/76 ff.; eigene Berechnungen.

Tabelle 4: Kapazitätsschätzungen für 1986/87¹

Schulformen	Modell I		Modell II		Modell III	
	Unter der Annahme der Aufgabe von Filialbetrieben		Unter der Annahme I, einer mittleren Klassenfrequenz von 25 und der Reduktion der Gesamtschulen auf Sechszügigkeit		Unter den Annahmen I und II sowie der Schließung von jeweils 3 zweizügigen Realschulen und Gymnasien sowie von 3 Gesamtschulen	
	Plätze in 7. Klassen	in Prozent des zu erwartenden 7. Jahrgangs	Plätze in 7. Klassen	in Prozent des zu erwartenden 7. Jahrgangs	Plätze in 7. Klassen	in Prozent des zu erwartenden 7. Jahrgangs
Gymnasien	6.500	46	5.600	40	5.450	39
Realschulen	4.800	34	4.000	28	3.850	27
Gesamtschulen	5.400	38	4.200	30	3.750	26
	16.700	118	13.800	98	13.050	92

¹ Grundlage der Schätzungen: zu erwartende Schüler der 7. Jahrgangsstufe 1986/87 = Schüler der 2. Jahrgangsstufe 1982/83. In Realschulen und Gymnasien wird 1982/83 volle Kapazitätsauslastung unterstellt.

Quelle: Der Senator für Schulwesen: Das Schuljahr in Zahlen. Allgemeinbildende Schulen in Berlin (West). Berlin 1975/76 ff.; eigene Berechnungen.

Tabelle 5: Gesamtschulen in Berlin (West) nach dem Anteil von Schülern mit Hauptschulempfehlung an Schülern der 7. Jahrgangsstufe, 1983/84

Schüler mit Hauptschulempfehlung (in Prozent)	Schulen
unter 40	5
über 40 bis 60	5
über 60 bis 70	6
über 70 bis 80	5
über 80	4

Quelle: Der Senator für Schulwesen: Das Schuljahr in Zahlen. Allgemeinbildende Schulen in Berlin (West). Berlin 1975/76; eigene Berechnungen.

Tabelle 6 : Deutsche Schüler der 7. Klassenstufe in Berlin (West) nach Schulform und Bezirk, 1975/76 und 1983/84 (in Prozent)

Schulform	Berlin (West)		"Arbeiterbezirke" ¹		"bürgerliche" Bezirke ²		sozial stärker gemischte Bezirke ³	
	1975/76	1983/84	1975/76	1983/84	1975/76	1983/84	1975/76	1983/84
Hauptschule	20,1	12,7	33,1	19,7	13,1	8,3	18,6	12,8
Realschule	21,4	22,2	27,7	21,9	17,9	19,5	20,8	23,9
Gymnasium	31,8	38,4	26,4	33,2	42,7	53,9	27,9	31,2
Gesamtschule	26,7	26,7	12,8	25,2	26,4	18,3	32,8	32,2
Zusammen	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

¹ Tiergarten, Wedding, Kreuzberg, Schöneberg.

² Charlottenburg, Wilmersdorf, Zehlendorf, Steglitz.

³ Spandau, Tempelhof, Neukölln, Reinickendorf.

Quelle: Der Senator für Schulwesen: Das Schuljahr in Zahlen. Allgemeinbildende Schulen in Berlin (West). Berlin 1975/76 ff.; eigene Berechnungen.

Tabelle 6a: Schüler im Alter von 13 bis unter 17 Jahren nach Schularten und nach der Stellung des Haushaltsvorstands im Beruf (in Prozent)

Schulart	Bürgerliche Bezirke		Arbeiterbezirke		Sozial gemischte Bezirke	
	Angestellte/ Beamte	Arbeiter	Angestellte/ Beamte	Arbeiter	Angestellte/ Beamte	Arbeiter
Hauptschule	7,0	10,7	12,2	32,9	9,5	35,1
Realschule	14,7	42,9	26,8	36,6	25,4	33,3
Gymnasium	68,7	32,1	43,9	17,8	42,6	15,8
Integrierte Gesamtschule	9,6	14,3	17,1	12,7	22,5	15,8
	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

Sonderauswertung des Mikrozensus 1982.

Tabelle 7: Ausländische Schüler der 7. Jahrgangsstufe in¹Berlin (West)
nach Schularten, 1980/81-1983/84 (in Prozent)¹

Schuljahr	Hauptschule	Realschule	Gymnasium	Gesamtschule
1980/81	47,1	15,4	14,5	23,0
1981/82	44,2	15,9	15,0	24,8
1982/83	40,1	15,7	15,9	28,3
1983/84	35,0	18,4	16,2	30,5

¹ Ohne Schüler in Vorbereitungsklassen.

Quelle: Der Senator für Schulwesen: Das Schuljahr in Zahlen. Allgemeinbildende Schulen in Berlin (West). Berlin 1975/76 ff.; eigene Berechnungen.

Tabelle 8: Regressionsanalysen

02/08/84

PAGE 10

FILE SCHULRAT (CREATION DATE = 02/07/84)

***** MULTIPLE REGRESSION *****

VARIABLE LIST 1
REGRESSION LIST 2

DEPENDENT VARIABLE.. VAR026 (Anteil der Hauptschulempfehlungen in 7. Jahrgangsstufen 1982/83)

SUMMARY TABLE

VARIABLE	MULTIPLE R	R SQUARE	RSQ CHANGE	SIMPLE R	B	BETA
VAR025 (Gymnasialanteil/Bezirk)	0.40381	0.16306	0.16306	0.40381	1.106934	0.54053
VAR023 (Gesamtschulanteil/Bezirk)	0.51818	0.26851	0.10545	0.03563	0.8857587	0.36003
LEISTAN (Leistungsanforderungen)	0.68988	0.47593	0.20742	-0.51257	-8.048157	-0.23555
SOZDAR (Selbstdarstellung als soziale Organisation)	0.72603	0.52712	0.05119	-0.54279	-5.332149	-0.29521
VAR022 (Gymnasiale Oberstufe, <i>nein/ja</i>)	0.74279	0.55174	0.02462	-0.21825	-6.139933	-0.18174
(CONSTANT)					46.85150	

***** MULTIPLE REGRESSION *****

VARIABLE LIST
REGRESSION LIST

DEPENDENT VARIABLE.. VAR026 (Anteil der Hauptschulempfehlungen in 7. Jahrgangsstufen 1982/83).

SUMMARY TABLE

VARIABLE	MULTIPLE R	R SQUARE	RSQ CHANGE	SIMPLE R	B	BETA
VAR025 (Gymnasialanteil/Bezirk)	0.40381	0.16306	0.16306	0.40381	1.106934	0.54053
VAR023 (Gesamtschulanteil/Bezirk)	0.51818	0.26851	0.10545	0.03563	0.8857587	0.36003
VAR022 (Gymnasiale Oberstufe, <i>nein/ja</i>)	0.62059	0.38513	0.11662	-0.21825	-6.139933	-0.18174
LEISTAN (Leistungsanforderungen)	0.70686	0.49965	0.11452	-0.51257	-8.048157	-0.23555
SOZDAR (Selbstdarstellung als soziale Organisation)	0.74279	0.55174	0.05208	-0.54279	-5.332149	-0.29521
(CONSTANT)					46.85150	

150

7. Literaturverzeichnis

ARBEITSGRUPPE AM MAX-PLANCK-INSTITUT FÜR BILDUNGSFORSCHUNG:
Das Bildungswesen in der Bundesrepublik Deutschland. Ein
Überblick für Eltern, Lehrer, Schüler. Reinbek bei Hamburg
1984.

BAKER, D., u.a.: Effects of Immigrant Workers on Educational
Stratification in Germany. Manuskript, Berlin 1984.

BAUMERT, J.: "Aspekte der Schulorganisation und Schulverwal-
tung". In: MAX-PLANCK-INSTITUT FÜR BILDUNGSFORSCHUNG, PROJEKT-
GRUPPE BILDUNGSBERICHT (Hrsg.): Bildung in der Bundesrepublik
Deutschland. Daten und Analysen. Bd. 1: Entwicklungen seit
1950. Reinbek bei Hamburg und Stuttgart 1980, S. 589-748.

BAUMERT, J., und RASCHERT, J., in Zusammenarbeit mit D. HOPF,
J. NAUMANN und H. THOMAS: Vom Experiment zur Regelschule.
Schulplanung, Curriculumentwicklung und Lehrerfortbildung in
Zusammenarbeit von Lehrern und Verwaltung bei der Expansion
der Berliner Gesamtschule. Stuttgart 1978.

BAUMERT, J., in Zusammenarbeit mit RASCHERT, J.: "Gesamt-
schule". In: SKIBA, E.-G., WULF, Chr., und WÜNSCHE, K.
(Hrsg.): Enzyklopädie Erziehungswissenschaft. Bd. 8:
Erziehung im Jugendalter. Sekundarstufe I. Stuttgart 1983,
S. 228-269.

BAUMERT, J., und KÖHLER, H.: "Trends and Perspectives of
Secondary Education in Berlin (West)". In: European Journal
of Education, Bd. 19 (1984), S. 365-384.

BRIAULT, E., und SMITH, F.: Falling Roles in Secondary
Schools. 2 Bde., Oxford 1980.

BROCKMEYER, R., und HANSEN, R.: "Probleme der Schulentwick-
lungsplanung am Beispiel Nordrhein-Westfalen". In: MAX-PLANCK-
INSTITUT FÜR BILDUNGSFORSCHUNG, PROJEKTGRUPPE BILDUNGSBERICHT
(Hrsg.): Bildung in der Bundesrepublik Deutschland. Daten und
Analysen. Bd. 2: Gegenwärtige Probleme. Reinbek bei Hamburg
und Stuttgart 1980, S. 817-865.

BROOKOVER, W.B., u.a.: School Social System and Student
Achievement. Schools Can Make a Difference. New York 1979.

COLEMAN, J.S., u.a.: High-School Achievement. Public, Catho-
lic and Private Schools Compared. New York 1982.

CRESPO, M., und HACHÉ: "The Management of Decline in Educa-
tion: The Case of Quebec". In: Educational Administration
Quarterly, Bd. 18 (1982), H. 1, S. 75-99.

DEPARTMENT OF EDUCATION AND SCIENCE: Aspects of Secondary Education in England. A Survey by Her Majesty's Inspectors of Schools. London 1979.

DIEDERICH, J., und WULF, Ch.: Gesamtschulalltag. Die Fallstudie Kierspe. Lehr-, Lern- und Sozialverhalten an nordrhein-westfälischen Gesamtschulen. Paderborn 1979.

FAULSTICH-WIELAND, H., u.a.: Schule aus der Sicht von Schülern, Lehrern und "Abnehmern". Dortmund: Arbeitsstelle für Schulentwicklungsforschung (AFS), Projekt Förderungsmöglichkeiten und -notwendigkeiten für Schüler in der Sekundarstufe I, 1982 (AFS-Werkheft, Nr. 16).

FEND, H.: Gesamtschule im Vergleich. Bilanz der Ergebnisse des Gesamtschulversuchs. Weinheim 1982.

FEND, H., und KLAGHOFER, R.: "Durchlässigkeit und Chancengleichheit in unterschiedlichen Schulsystemen. Dargestellt am Beispiel des Flächenversuchs Wetzlar". In: Zeitschrift für Pädagogik, 26. Jg. (1980), S. 653 ff.

HANSEN, G., und ROLFF, H.-G.: "Was kommt nach den Schulversuchen? Ansätze weiterführender Strategien". In: ROLFF, H.-G., u.a. (Hrsg.): Jahrbuch der Schulentwicklung, Bd. 1. Weinheim 1980, S. 191-210.

HOPF, D.: "Schulprobleme der Ausländerkinder". In: Zeitschrift für Pädagogik, 27. Jg. (1981), S. 839-861.

HOPF, D.: Unterricht in Klassen mit ausländischen Schülern. Ein Konzept zur Individualisierung und Differenzierung in multiethnisch zusammengesetzten Klassen. Weinheim 1984.

HOPF, D., KRAPPMANN, L., und SCHEERER, H.: "Aktuelle Probleme der Grundschule". In: MAX-PLANCK-INSTITUT FÜR BILDUNGSFORSCHUNG, PROJEKTGRUPPE BILDUNGSBERICHT (Hrsg.): Bildung in der Bundesrepublik Deutschland. Daten und Analysen. Bd. 2: Gegenwärtige Probleme. Reinbek b. Hamburg und Stuttgart 1980, S. 1113-1176.

HORSTKEMPER, M., u.a.: "Gesamtschule im viergliedrigen Schulsystem". In: ROLFF, H.-G., u.a. (Hrsg.): Jahrbuch der Schulentwicklung, Bd. 2. Weinheim 1982, S. 75-100.

JÖRESKOG, K.G., und SÖRBOM, D.: Analysis of Linear Structural Relationships by Maximum Likelihood and Least Squares Methods. Chicago 1981.

KLEDZIG, U.-J. (Hrsg.): Gesamtschule auf dem Weg zur Regelschule. Bildungszentren in Berlin. Hannover 1974.

KOB, J.: Erziehung in Elternhaus und Schule. Eine soziologische Studie. Stuttgart 1963.

KÖHLER, H.: Lehrer in der Bundesrepublik Deutschland. Eine kritische Analyse statistischer Daten über das Lehrpersonal an allgemeinbildenden Schulen. Berlin: Max-Planck-Institut für Bildungsforschung 1975 (Studien und Berichte, Bd. 33).

KÖHLER, H.: "Zu Ursachen und Folgen des Schülerrückgangs am Beispiel der Entwicklung in Berlin (West)". In: Recht der Jugend und des Bildungswesens, 31. Jg. (1983), H. 4, S. 273-290.

LUTZ, B.: "Bildungsexpansion und soziale Ungleichheit. Eine historisch-soziologische Skizze". In: KRECKEL, R. (Hrsg.): Soziale Ungleichheiten. Göttingen 1983, S. 221-245 (Soziale Welt, Sonderband 2).

METZ, M.H.: Classrooms and Corridors. The Crisis of Authority in Desegregated Secondary Schools. Berkeley 1978.

MEULEMANN, H.: "Vorstellungen von Bildung und Meinungen zur Gesamtschule. Eine empirische Analyse des Stellenwertes einer bildungspolitischen Neuerung in der Vorstellung der bundesdeutschen Bevölkerung". In: Mitteilungen und Nachrichten des Deutschen Instituts für Internationale Pädagogische Forschung, 1981, Nr. 104-105, S. 87-116.

MEULEMANN, H.: "Bildungsexpansion und Wandel der Bildungsvorstellungen zwischen 1958 und 1979: Eine Kohortenanalyse". In: Zeitschrift für Soziologie, 11. Jg. (1982), H. 3, S. 227-253.

NAUMANN, J.: "Entwicklungstendenzen des Bildungswesens der Bundesrepublik Deutschland im Rahmen wirtschaftlicher und demographischer Veränderungen". In: MAX-PLANCK-INSTITUT FÜR BILDUNGSFORSCHUNG, PROJEKTGRUPPE BILDUNGSBERICHT (Hrsg.): Bildung in der Bundesrepublik Deutschland. Daten und Analysen. Bd. 1: Entwicklungen seit 1950. Reinbek bei Hamburg und Stuttgart 1980, S. 21-102.

NEUBAUER, G.: Elternwille und Schulreform. Frankfurt a.M. 1983.

PHI-DELTA-KAPPAN: Why Do Some Urban Schools Succeed? The Phi-Delta-Kappan-Study of Exceptional Urban Elementary Schools. Bloomington 1980.

RÖSNER, E., und TILLMANN, K.-J.: "Strukturelle Entwicklungen: Auf dem Weg zur horizontalisierten Sekundarstufe I?" In: ROLFF, H.-G., u.a. (Hrsg.): Jahrbuch der Schulentwicklung, Bd. 1. Weinheim 1980, S. 73-104.

ROHDE, H.: "Zum Beispiel Gesamtschule: Das besondere Etwas. Eine Schule kann mehr aus sich machen. Sie muß nur Ideen, Phantasie entwickeln". In: Durchblick, Nachrichten für junge Leute, Schüler, Eltern und Erzieher, 1983, Nr. 4, S. 8.

ROLFF, H.-G., u.a. (Hrsg.): Jahrbuch der Schulentwicklung. Weinheim 1980 ff.

RUTTER, M.: "School Effects on Pupil's Progress: Research Findings and Policy Implications". In: Child Development, Bd. 54 (1983), S. 1-29.

RUTTER, M., u.a.: Fünftehtausend Stunden. Schulen und ihre Wirkungen auf die Kinder. Weinheim 1980.

SCHELSKY, H.: Einsamkeit und Freiheit. Idee und Gestalt der deutschen Universität und ihrer Reformen. 2. Aufl., Düsseldorf 1971.

SCHORB, A.O.: "Entwicklungen im Schulwesen eines Flächenstaates am Beispiel Bayern". In: MAX-PLANCK-INSTITUT FÜR BILDUNGSFORSCHUNG, PROJEKTGRUPPE BILDUNGSBERICHT (Hrsg.): Bildung in der Bundesrepublik Deutschland. Daten und Analysen. Bd. 2: Gegenwärtige Probleme. Reinbek bei Hamburg und Stuttgart 1980, S. 759-816.

SENATOR FÜR SCHULWESEN, JUGEND UND SPORT: Daten zur Berliner Gesamtschule. Berlin 1984.

WEISHAUPT, H.: Demographische und schulpolitische Rahmenbedingungen für die Sekundarstufe I. Frankfurt a.M.: Deutsches Institut für Internationale Pädagogische Forschung, Abt. Bildungsökonomie 1982 (Arbeitsmaterialien und Sonderdrucke zur ökonomischen Bildungsforschung).

WEISHAUPT, H.: Sozialräumliche Bedingungen und unterrichtsorganisatorische Modelle für die Unterrichtung ausländischer Schüler. Frankfurt a.M.: Deutsches Institut für Internationale Pädagogische Forschung, Abt. Bildungsökonomie 1983 (Arbeitsmaterialien und Sonderdrucke zur ökonomischen Bildungsforschung).

REVISION '90

